

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ingeborg Y. Wendt
Indochina
und das westliche Erbe

Jürgen Dauth
Singapur – ein Modell
für die Dritte Welt?

Siegfried Böttcher
Die Japaner denken
und handeln anders

ISSN 0479-611 X

B 19/81
9. Mai 1981

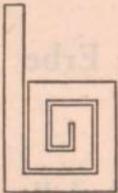
Ingeborg Y. Wendt, Dr. phil.; Studium der Psychologie, Philosophie und Psychopathologie in Berlin und Tübingen; 1960—1963 Lehr- und Forschungstätigkeit an der Gakushuin-Universität in Tokio; 1964—1966 Mitarbeiterin am Hamburger Weltwirtschaftsarchiv; 1966—1969 Forschungsauftrag der DFG zum Thema „Japans Beitrag zur Lösung der internationalen Entwicklungsprobleme“; 1970—1978 Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin; Gastvorlesungen in Japan; Übernahme eines Lehrstuhls an der Meijo-Universität in Tokio; z. Zt. freie Forschungstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Veröffentlichungen u. a.: Zen, Japan und der Westen, München 1961; Die „unheimlichen“ Japaner, Stuttgart 1970; Japanische Dynamik und indische Stagnation, Darmstadt 1978; Tiefenpsychologie und Zen-Buddhismus: Kritische Überlegungen zu Systematik und Sinn des Vergleichs. Beitrag zur Enzyklopädie der Psychologie des XX. Jahrhunderts, Zürich 1979; Autozentrierte Entwicklung aus ethno-soziologischer Sicht, in: Verfassung und Recht in Übersee, Hamburg 1979, IV. Quartal.

Jürgen Dauth, geb. 1941 in Frankfurt/M.; Studium der Missionstheologie in Wuppertal; seit 1975 Rundfunk- und Zeitungskorrespondent für Südostasien mit Sitz in Kuala Lumpur/Malaysia.

Siegfried Böttcher, Dr. rer. pol., geb. 1929; Studium der Volkswirtschaft an der Universität Kiel, Ausarbeitung der Dissertation an der Sophia Universität und dem Hitotsubashi Economic Research Institute, Tokio. Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft.

Veröffentlichungen: Lebensverhältnisse in der japanischen Kleinindustrie. Das Einkommen der arbeitenden Schichten Japans in seinen Grundlagen und Entwicklungstendenzen, in: Schriften des Instituts für Asienkunde; Führung durch Ziele und die öffentliche Verwaltung, in: Verwaltung und Fortbildung, 1974; Arbeitssteuerung nach Zielen und Ergebnissen — Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit einer Verwaltungseinheit eines Bundesministeriums, in: Die Verwaltung, 1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Indochina und das westliche Erbe

I. Die Greuel in Kambodscha aus zwei Perspektiven

Der westliche Zeitungsleser lernt außereuropäische Regionen meist erst dann näher kennen, wenn sich dort eine Hungersnot oder eine Flutkatastrophe, ein Krieg oder ein Militärputsch ereignen. Einige Zeit lang beherrscht das Gebiet dann die Schlagzeilen; und wenn die Sensation abgeklungen ist, wird das betreffende Land wieder vergessen.

Aus dem Augenblick heraus sind weder die Ursachen einer Katastrophe oder eines Krieges zu verstehen noch die in der Situation angelegten zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen. Und da in den langen Zeitabschnitten, in denen nichts über Guatemala, die Elfenbeinküste oder die Philippinen berichtet wird, das Leben dort nicht stillsteht, ist der Leser genau so überrascht und verständnislos, wenn anlässlich der nächsten Katastrophe die nächsten Nachrichten kommen. Ein skandinavischer Sozialwissenschaftler nennt diese punktuelle Berichterstattung „sensational“ im Unterschied zu „contextual“.

Kambodscha bildet keine Ausnahme. Es hat sich als Thema ungewöhnlich lange Zeit in den Schlagzeilen der westlichen Presse behauptet; den größten Teil der Nachrichten nahm allerdings die bloße Beschreibung der Greuel ein. Selten wurden größere Zusammenhänge analysiert, häufig dagegen spekuliert: über eine angebliche asiatische Mentalität, über ideologische Fixierungen — bis hin zur Heranziehung der (vermeintlichen) politischen Situation Kambodschas vor 500 oder 1 000 Jahren. Unberücksichtigt blieben zumeist gerade die näherliegenden Zusammenhänge, nämlich die jüngere Zeitgeschichte, vor allem die Entwicklung der letzten 30 Jahre in Indochina und seine Stellung im internationalen Gefüge.

Die grauenhaften Gewalttaten der letzten Jahre werden übereinstimmend den Roten Khmer unter Führung von Pol Pot zugeschrie-

ben. Sie werden oft als Holocaust bezeichnet, so auch in dem kürzlich erschienenen Buch von Ariane Barth und Tiziano Terzani „Holocaust in Cambodia“¹⁾. Daß die sanften, lebenswürdigen Kambodschaner so brutal werden konnten, ist vielen westlichen Beobachtern unbegreiflich, und sie nehmen ihre Zuflucht zu der diffusen Vorstellung von einer unberechenbaren asiatischen Mentalität. Diese Erklärungsmöglichkeit ist aber eigentlich durch den dem Begriff „Holocaust“ impliziten Vergleich schon ausgeschaltet: Der Asiat Pol Pot ist so grausam, wie es der Europäer Hitler war. Ein Unterschied liegt lediglich in den Methoden: Pol Pots Leute töteten einzeln und direkt mit den Händen, Hitlers Anhänger systematisch, „rationalisiert“, fast unpersönlich. Und auch die Deutschen waren weder als gesamtes Volk, noch historisch immer grausam; es gab unter ihnen nicht nur einen Hitler, sondern auch einen Hölderlin und die ungezählten deutschen Opfer faschistischer Verbrechen. Die Mentalitätsfrage führt also nicht zu den Ursachen der Aggressivität.

Kann eine Ideologie die Ursache sein? Wenn man an den Vergleich Pol Pot/Hitler denkt, scheint man die Frage bejahen zu müssen. Aber in Kambodscha bekennen sich auch noch andere Gruppen zu einer Ideologie, prinzipiell sogar zu derselben wie die Roten Khmer; und ihnen werden Greuelthaten des Pol Pot'schen Ausmaßes nicht zugeschrieben. Es muß demnach im Fall der Roten Khmer noch etwas hinzukommen — ihre Ideologie allein reicht zur Erklärung der Grausamkeit nicht aus.

Auch der Rückgriff auf das alte Khmer-Reich von Angkor bringt so viel Aufklärung für die gegenwärtige Lage in Kambodscha, wie ein Rückgriff auf die politische Lage in Europa zur Zeit Barbarossas an Aufklärung für die Entste-

¹⁾ Holocaust in Cambodia, Reinbek 1980.

hung des Zweiten Weltkrieges bringen würde. Analoges gilt für die angeblichen „traditionellen Feindschaften zwischen ethnischen Gruppen“ in Indochina. Auch zwischen Deutschland und Frankreich gab es ethnisch begründete Animositäten. Wenn die beiden Länder in der Vergangenheit Krieg gegeneinander geführt haben, dann aber nicht aus „ethnischen“ Gründen (was ist das?), sondern aus politischen Anlässen.

Wenn für die Bezeichnung der Ereignisse in Kambodscha der Begriff ‚Holocaust‘ verwendet wird, dann ergibt sich daraus nicht nur eine psychologische, sondern auch eine politische Frage. Pol Pot wird von denselben Mächten, die einen Hitler verdammen, als Regierungschef anerkannt, obwohl seine Taten bekannt sind.

Ostasiens Sicht

Für denjenigen, der teils in Ostasien und teils in Europa lebt, ist die unterschiedliche *Blickrichtung* dieser beiden Weltregionen auffällig. Die Länder Asiens, die frei von europäischer Kolonialherrschaft geworden waren, brachten Amerika, das lange Zeit für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Völker eingetreten war, zunächst Sympathie entgegen. Auch Indien, das um seine Unabhängigkeit bis zum Schluß gegen britischen Widerstand zu kämpfen hatte, sah sich von breiten Kreisen in Amerika verstanden, und sogar Japan, das von Amerika besiegt und außerdem politisch gedemütigt worden war (z. B. durch die erzwungene „Mensch-Erklärung“ des Tenno 1946 und McArthur's „Diagnose“, die Japaner seien psychologisch betrachtet zwölf Jahre alt, mit der daraus folgenden „Behandlung“), öffnete sich für gewisse Aspekte des American Way of Life.

Amerikanische „Kenner“ der indochinesischen Szene zitieren manchmal, sozusagen mit Kopfschütteln und als Kuriosum, daß die seltsamen vietnamesischen Kommunisten sich bei ihrer Unabhängigkeitserklärung an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 angelehnt haben. Die Sache ist aber nicht kurios; denn damals, für kurze Zeit, verkörperte Amerika auch in Asien Hoffnung, Freiheit, „unbegrenzte“ Möglichkeiten der Entfaltung eines Volkes, Freiheit gegen Unterdrückung, und

zwar im Falle Asiens die Unterdrückung durch europäische Kolonialherrschaft.

Amerikas Verhalten in Vietnam brachte für Amerikas Ansehen in der Region die große Wende. Asien erlebte, wie Amerika den Krieg, den die Kolonialmacht Frankreich 1954 in Dien Bien Phu verloren hatte, fortsetzte. Wie die alten europäischen Kolonialmächte stützte es nun solche einheimischen „Fürsten“, die sich nicht an den elementaren Bedürfnissen ihrer Völker, sondern zu ihrem persönlichen Vorteil an ausländischen Wünschen politischer und wirtschaftlicher Art orientierten. Das amerikanische „Engagement“ in Vietnam war in der Erfahrung Asiens ein Krieg, den eine überlegene westliche Macht, ohne sich der Mühe der Kriegserklärung zu unterziehen, gegen ein kleines farbigen Volk führte. Die amerikanische Kriegführung, die Wälder entlauben und Ernten vernichten ließ, über Jahre fortgesetzte, systematische und ausge dehnte Bombardierungen, der Einsatz von Napalm mit seinen ganz besonders grausamen Folgen, bewirkten in der Erfahrung Asiens einen Holocaust, in dem auch Millionen von Menschen umgekommen sein müssen. Die Reaktion war eine namenlose Traurigkeit — über die grauenhaften Vorgänge an sich und zusätzlich darüber, daß die große westliche Nation, die Hoffnung für alle Völker bedeutet hatte, die unabhängige Entfaltung eines Volkes mit den denkbar massivsten Mitteln unterdrückte.

Ost-West-Ideologie

Im Westen sah man das damals anders. Weil Vietnam in seiner Not sich militärische Hilfe von der Sowjetunion und der Volksrepublik China holte — und was hätte es anderes tun können außer kapitulieren? —, glaubte man, die „politisch unerfahrenen“ Asiaten ließen sich vom europäischen Osten für dessen Ziele einspannen. Noch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre galten in westlichen Ländern Studenten, die gegen die amerikanische Einmischung in Vietnam demonstrierten, allgemein als „links“, und diese Deutung wurde auch auf den einer anderen Kultur angehörenden und in einer anderen weltpolitischen Situation stehenden Ho Chi Minh übertragen. Niemand im Westen schien zu wissen, daß Ho

Chi Minhs Kampf um Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft schon vor dem Zweiten Weltkrieg, lange vor der Teilung der Welt in zwei Machtblöcke, begonnen hatte und in den dreißiger Jahren parallel mit dem Unabhängigkeitskampf Mahatma Gandhis und Subhas Chandra Boses in Indien verlief. Man muß noch etwas weiter zurückgehen: Daß Ho Chi Minh sich nach „links“ orientierte, sich an den Osten anlehnte, lag in der Logik der Situation und der Geschichte: In der Machtkonstellation des Weltgefüges mußte derjenige, der frei von seinem Fremdherrscher werden wollte, sich an dessen Gegenspieler orientieren. Mit anderen Worten, die Links-Orientierung Vietnams war sekundär gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben.

So wie noch in den vierziger Jahren im Westen die Meinung vorherrschte, die Völker der Dritten Welt seien „noch nicht reif“, sich selbst zu regieren, so gibt es heute eine westliche Auffassung, nach der für diese Völker die westliche Demokratie nicht geeignet sei. Gemessen an der asiatischen Realität liegt in dieser Meinung ein ungeheuerlicher Zynismus. Indien hat die Westminster-Demokratie, Indochina die Republik nie erfahren, denn in ihren Kolonien haben die europäischen Kolonialregierungen demokratische oder republikanische Prinzipien nie angewandt. Die asiatischen Länder, die bei der Ankunft der Europäer so wohlhabend waren, daß große Reichtümer aus ihnen abgezogen werden konnten, hatten im Gegenteil ihre Freiheit durch die westlichen Kolonialmächte verloren.

Und nun, kurz nach ihrer Befreiung aus direkter kolonialer Abhängigkeit, kam wieder ein westliches Land, diesmal eins, das den ehemaligen Kolonien noch einmal „Freiheit“ bringen wollte — aber nicht Freiheit, wie sie sie selbst wollten (also die eigentliche) —, sondern eine Freiheit gegen „Kommunismus“, d. h. eine aus der innereuropäischen Situation geborene spezifische Version, die nicht allgemeingültig, für die asiatische Situation sogar irrelevant war. „Freiheit“ ist kein Sammelruf, mit dem der Westen asiatische Völker für sich gewinnen könne, schrieb damals trotz unterschiedlicher Position im internationalen Gefüge übereinstimmend indische und japanische Journalisten, und: Amerika ist sein eigener ärgster Feind in Asien.

Japan und Indien kritisierten Amerika, das eine Land von innen her, d. h. als ein erstarrendes Mitglied des Westblocks, das andere als blockfreies Land. Die kleineren, schwächeren Länder Ost- und Südostasiens waren nicht in einer Position, offizielle Kritik äußern zu können. Zunächst schienen sich zwar die „Blockfreien“ als ein „Block“ für sich zu etablieren; aber sie hatten keine wirtschaftliche Basis, die es ihnen ermöglicht hätte, neben den Großmächten unabhängig von beiden zu bestehen. Sie mußten sich, wie Vietnam, an die eine oder andere Seite anlehnen und waren demgemäß in der Richtung ihrer Kritik festgelegt. Thailand gehört zu den Ländern, die früh und unauffällig in den westlichen Bannkreis gerieten. Das malaiische Gebiet wurde zerteilt; nach westlicher Wertung „schuf“ England damals das „unabhängige Malaysia“, und daneben entstand der Inselstaat Singapore, der — nicht zum Wohle seines natürlichen Hinterlandes — floriert. Das zunächst blockfreie Indonesien trat nach Sukarno auf die Seite des Westens. Die Philippinen, seit 1570 in spanischem „Besitz“, waren 1898 gegen 20 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten abgetreten worden und sind seitdem in der einen oder anderen Form mit Amerika liiert. Süd-Korea stand seit dem Ende des Korea-Krieges 1953 unter amerikanischer Schutz„herrschaft“ und sandte Truppen für Amerika nach Vietnam.

In Anlehnung an die heutigen westlichen Deutungsversuche der Vorgänge in Kambodscha hätte Asien damals umgekehrt Anlaß gehabt, sich über die amerikanische Mentalität oder Ideologie Gedanken zu machen oder Zusammenhänge mit seiner älteren Historie zu suchen, wobei es allerdings schon nach kurzer Zeit, nach 200 Jahren, auf Europa gestoßen wäre. Asien war aber pragmatischer. Traurig nahm es Abschied von dem westlichen Staat als einem starken Verbündeten, der Menschlichkeit verkörpert und Hoffnung auf Freiheit gebracht hatte, und reihte seine Politik unter die der Großmächte in Vergangenheit und Gegenwart ein.

Wer im Westen ist bereit, diese asiatische Perspektive und ihre Voraussetzungen, ohne deren Kenntnis auch die Entwicklungen in Kambodscha nicht verstanden werden können, näher zu untersuchen? Die Jahrhunderte alte

Vorstellung von der eigenen geistigen Überlegenheit über die „farbigen“ Völker, denen vermeintlich Selbstverwaltungsfähigkeit fehlt, denen deshalb die Kolonialherrschaft „Gutes

gebracht“ habe und die ihre politische und wirtschaftliche Lage angeblich nicht selber beurteilen können, wurzelt tief im westlichen Bewußtsein.

II. Sozio-kulturelle Vorurteile

Als die amerikanische Regierung sich während des Vietnam-Krieges Sorgen um ihre Soldaten an der Dschungelfront machte, um „our boys“, fragte in einigen asiatischen Ländern sogar die englischsprachige Presse, ob denn die vietnamesischen Jungen nicht auch Menschen seien, um die man sich Sorgen machen müsse. Die Frage war sehr berechtigt; denn in den späteren Phasen des Krieges lautete eine Kampfpapare der amerikanischen Kriegführung „Search and Destroy“ (Aufspüren und Zerstören); es ging also nicht mehr um Besiegen, sondern um Vernichten.

Kryptorassismus

Am härtesten haben amerikanische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens selber gewisse Tendenzen der Außenpolitik ihres Landes kritisiert. Der Ostasienspezialist des amerikanischen Außenministeriums und des Weißen Hauses zwischen 1961 und 1966 schrieb damals im Zusammenhang mit dem amerikanischen Engagement in Indochina von einem „ungreifbaren Faktor, der sich mit kalter, bürokratischer Gleichgültigkeit verbindet: dem Ingrediens von Kryptorassismus. Ich will damit nicht sagen, daß auf seiten Washingtoner Beamter der Verlust von Menschenleben dann gering geachtet würde, wenn es sich um Asiaten handelt. Aber ich möchte unumwunden unterstellen, daß bürokratische Gleichgültigkeit sich sehr wohl mit dem traditionellen Gefühl im Westen vermischen mag, daß es doch immerhin sehr viele Asiaten gebe, daß Asiaten Fatalisten sind und sie dem Verlust ihres Lebens mit Gleichmut begegnen ... , daß sie alles in allem doch sehr verschieden von uns sind (und alle sehen gleich aus, nicht wahr?). Und ich will damit sagen, daß man sich als Ergebnis solcher unterschwelligen Auffassung wohl unbewußt die Frage vorlegt, ob nicht Asiaten, und hier insbesondere asiatische Bauern und ganz besonders asiatische

Kommunisten, wirklich Menschen sind — wie du und ich ...“ Und der Regierungsbeamte und Wissenschaftler ging sogar noch weiter: „... Würden wir wohl dieselbe Politik verfolgt haben — und genau dieselben militärischen Taktiken —, wenn die Vietnamesen Weiße wären?“²⁾

Eine derartige Frage scheint im Moment in Kambodscha nicht aktuell zu sein; sie war es aber, als Amerika 1969 die lange geheim gehaltenen Bombenangriffe auf Kambodscha begann und 1970 Truppen in Kambodscha einmarschieren ließ, um, wie nachträglich erläutert, das amerikanische „Disengagement“ in Vietnam zu erleichtern — all dies wiederum ohne Kriegserklärung und nach Äußerungen der nacheinander betroffenen kambodschanischen Regierungschefs, zuerst Prinz Sihanouk und danach Lon Nol, ohne deren Wissen. In asiatischen Ländern fragte man sich damals durchaus, ob Amerika genauso gehandelt hätte, wenn der Kriegsschauplatz nicht Indochina, sondern Europa gewesen wäre.

Und genau betrachtet spielt jener „Kryptorassismus“ auch heute eine Rolle bei der westlichen Annäherung an Kambodscha. Man sucht nach Mentalitäts- und ethnischen Gründen für Krieg und Bürgerkrieg und nicht, wie bei Kriegen oder Spannungen in Europa, nach politischen und wirtschaftlichen Konflikten zwischen Ländern und zwischen verschiedenen parteipolitischen Fraktionen innerhalb einzelner Länder.

Asiatische Entwicklungen und Argumente können nur dann realpolitisch als gleichgewichtig mit westlichen akzeptiert, also ernst genommen werden, wenn man sich der eigenen Vorurteile bewußt wird, die in der Verabsolutierung der eigenen kulturellen Maßstäbe,

²⁾ Zitiert nach Noam Chomsky, Indochina und die amerikanische Krise. Kambodscha, Laos, Nordvietnam, Frankfurt 1972. Hier Band II, S. 220/221. (Prof. Chomsky lehrt am Massachusetts Institute of Technology.)

in Unkenntnis der Kultur und Entwicklungsgeschichte der andern und auch in Vergeßlichkeit bezüglich der eigenen Entwicklungsgeschichte wurzeln.

„Agrarvölker“ und Industrieländer

Die abendländische Entwicklung ist gekennzeichnet von zunehmend rationalistisch-materialistischer Orientierung, deren derzeitiger Endpunkt wirtschaftlich-technischer Erfolg ist. Ein zweites Merkmal ist die rational-bewußte „Individuation“, die nach europäischer Beurteilung geradezu als Maßstab für das kulturelle Niveau der Völker gilt, Europa aber von einem nicht-europäischen Standpunkt aus zum Repräsentanten von Individualismus und Egozentrik macht.

Wenn man zentrale Kennzeichen asiatischer Entwicklungen nennen will, muß man unterscheiden zwischen autochthonen Elementen und Elementen der von den europäischen Kolonialherrschern importierten Strukturen, die die traditionellen Ordnungen der Länder über die Jahrhunderte zersetzt haben.

Die vorkolonialen Völker haben sich aus kleinen, sich selbst verwaltenden Gemeinwesen zusammengesetzt, die natürlicherweise „Dorf-gemeinschaften“ waren. Die moderne westliche Bezeichnung „Agrarvölker“ für diese alten Gesellschaften verfehlt aber ihren Sinn und erweckt fälschlich den Eindruck von Stagnation, denn „Industrieländer“ im heutigen westlichen Sinne, zu denen sie sich im Gegensatz befunden haben könnten, gab es damals noch nirgends auf der Welt, produzierendes Handwerk und Kunsthandwerk sowie Handel in und zwischen den verschiedenen Regionen Asiens aber schon sehr lange. Zu „Agrarvölkern“ wurden die Völker Asiens erst von den Kolonialherrschern gemacht.

Wenn die kolonial beherrscht gewesenen Länder heute „Agrarvölker“ genannt werden, dann kann das nur infolge von Gedankenlosigkeit geschehen. Denn heute sind sie nicht einmal „Agrarvölker“, ihre Landwirtschaft liegt vielmehr brach; ihre Strukturen wurden während der Kolonialzeit zerbrochen, und nach der Erlangung der Unabhängigkeit wurde den Völkern keine Zeit zu ihrer Regeneration gelassen.

Der westlichen Vorstellung, daß Europa jenen Ländern Ordnung gebracht habe (vgl. „Sie können sich nicht selbst regieren“!), fehlt jede sachliche Grundlage. Die Völker haben auf der Basis der kleinen Selbstverwaltungseinheiten über größere Zeiträume als den der Kolonial-epoche gelebt, ohne zu verarmen; sie haben nicht in Subsistenzwirtschaft und geistiger Stagnation gelebt, sondern Kunst hervorgebracht und feste Sitten und Bräuche entwickelt. Und bei der Ankunft der Europäer waren sie wohlhabend genug, um attraktiv für diese zu sein.

Egozentrik und Gemeinschaftsgefühl

Die asiatischen Gemeinschaftskulturen haben sich weder zu rationaler Individuierung noch überhaupt zum Vorherrschen von rationalen und materiellen Gesichtspunkten entwickelt. Das weniger starke Hervor- und Auftreten eines Ego in Asien mag mit zu der westlichen Vorstellung der Massenhaftigkeit der Asiaten beigetragen haben, in der das Leben eines einzelnen Menschen keine Rolle spielte. Tatsächlich ist aber der Lebensraum eines einzelnen innerhalb einer von Gemeinschaftsgefühl getragenen Gesellschaft gesicherter; der einzelne genießt mehr Achtung als in individualistischen Gesellschaften: da niemand seinen eigenen „egoistischen“ Vorteil anstrebt, wird unwillkürlich immer Rücksicht auf jeden anderen Menschen genommen, der ja die gleichen Grundbedürfnisse hat wie man selbst. Diese Haltung entspricht dem „Trieb“ zu hilfreichem Gruppenverhalten, den Anthropologen als den ältesten Lebenstrieb beschreiben, dank dessen sich die Menschheit über Jahrtausende entfalten konnte³⁾.

Die neueren Entwicklungen in westlichen Gesellschaften sprechen nicht dafür, daß das rational individuierte Ego dem mitfühlenden Gemeinschafts-Menschen überlegen ist. Zwar gilt ein starkes Ego als eine „starke Persönlichkeit“, und persönliche Ambitionen wie Ehrgeiz werden in einigen Berufsbranchen akzeptiert oder sogar vorausgesetzt. Aber gleichzeitig ist die Egozentrik auch problematisch geworden, denn die Egos, die sich ihrem Wesen gemäß immer in den Vordergrund rücken, stoßen sich

³⁾ Richard E. Leakey und Roger Lewin, Origins, London 1978.

an den vielen anderen Egos, in die sie sich nicht einföhlen wollen und aufgrund ihrer Struktur vielleicht auch nicht mehr einföhlen können. Zur Egozentrik gehört Kurzfristigkeit des Denkens. Außerdem liegt in Individualismus und Egozentrik die Möglichkeit der Zuspitzung zu Selbstverliebtheit und Selbstgenüge; der amerikanische Historiker-Psychologe Christopher Lasch gibt unserer gesamten Epoche die Bezeichnung „Kultur des Narzißmus“⁴⁾. Einige international bekannte und einflußreiche „starke Persönlichkeiten“ aus dem politischen und religiösen Leben werden von ihm zur Veranschaulichung der narzißtischen Selbstherrlichkeit beschrieben und analysiert. Egozentrisch zeigt sich der westliche Narzißmus auch in dem alten Überlegenheitsgefühl und dem extrem geringen Interesse, die nicht-westlichen Partner wirklich kennen und verstehen zu lernen, sowie in der Unfähigkeit, ihnen überhaupt zuzuhören.

Daß die Völker Asiens sich nicht zu Rationalismus und Materialismus entwickelt hätten, scheint im Widerspruch zu gewissen Beobachtungen zu stehen. Aber der Riksha-Mann, der zusammen mit tausend andern Riksha-Männern, zerlumpt, barfuß, schlecht ernährt und vorzeitig gealtert, keinerlei Aussicht hat, bei der gegebenen Sozialstruktur je im Leben aus dieser Situation herauszukommen, ist kein Materialist, wenn er sich nach einem Transistorradio sehnt; das Gerät ist für ihn vielmehr ein ablenkendes Spielzeug und nimmt einen ähnlichen Platz in seinem Leben ein, wie es Alkohol oder das berühmte Opium täten.

Soweit die Beobachtungen sich auf die Regierungen asiatischer Länder und ihre sogenannten wirtschaftlichen und politischen Eliten beziehen, die vielfach durchaus egozentrisch und materialistisch wirken, bringen sie berechnete Einwände — nur handelt es sich bei den Beobachteten nicht um autochthone asiatische Elemente, sondern um Elemente der importierten Fremdstruktur. Der zentralistische Nationalstaat und eine quasi-industrielle, an der westlichen Wirtschaft orientierte Wohlstandsschicht sind das Erbe der europäischen Kolonialherrschaft. Die Verwaltungsapparate, deren Mitglieder seit Generationen europäisch erzogen wurden, sind in vie-

len Fällen unmittelbar aus der Kolonialzeit in die Unabhängigkeit mit herübergenommen worden. Sie sind nicht immer die besten Repräsentanten ihrer Völker, denn sie haben sich vielfach, ähnlich wie ihre wirtschaftlich erfolgreichen Landsleute, nur zu ihrem persönlichen Vorteil an europäischen Werten und Wünschen orientiert. Weitgehend hält der Westen diese Kreise aber noch heute für die fortschrittlichen, weil sie seine Sprache sprechen und weil er fälschlich glaubt, die vorkolonialen Ordnungen Asiens seien — an einem vom Westen gesetzten und von ihm für absolut gehaltenen Maßstab — „rückständig“ gewesen.

Orientalischer Despotismus

Die diffuse Vorstellung von Rückständigkeit und Chaos in alten asiatischen Gesellschaften verbindet sich mit der nicht weniger diffusen Projektion eines „orientalischen Despotismus“, von dem die europäische Ordnung die Asiaten befreit habe. Der westliche Mythos vom „orientalischen Despotismus“ mag mehrere Ursprünge haben, so vielleicht u. a. den glänzenden Reichtum, das differenzierte Zeremoniell und die Farbenpracht an orientalischen Höfen, von denen frühe europäische Besucher, aus grauerer Umgebung kommend und in ihrer Heimat nicht am Hofe lebend, geblendet waren. Es gibt aber Grund für die Annahme, daß der Mythos erst im Laufe der Kolonialzeit entstanden ist, als das europäische Herrschaftselement hinzukam. Man vergißt bei jener Projektion die einfache Tatsache, daß den alten orientalischen Herrschern kein weitverzweigter Verwaltungsapparat zur Verfügung stand. Es mag unter ihnen genau wie unter europäischen Kaisern und Königen Despoten gegeben haben, aber ihre Despotie erreichte damals, zumindest in Friedenszeiten, nicht das ganze Land, sondern nur den Hof, „staat“ und dessen unmittelbare Umgebung. Erst der übergreifende Verwaltungsapparat, den die Kolonialherrscher organisierten, erreichte das Volk, die kleinen Gemeinwesen, die sich bis dahin selbst verwaltet hatten. Er griff in ihre Strukturen ein, zerbrach sie und überformte sie mit seinem eigenen System. Erst jetzt entstanden — entwurzelt, ihrer traditionellen Tätigkeiten beraubt und, im Fall der Bauern, ex-

⁴⁾ Christopher Lasch, *The Culture of Narcism*, New York 1980.

trem besteuert — die „armen Massen“, die jedoch nicht dem Kolonialismus sondern einer vermeintlichen Anarchie und „orientalischem Despotismus“ zugeschrieben werden.

Tradition und moderne Anarchie

Die heutigen Strukturen asiatischer Länder sind nur noch Fragmente: Die traditionellen Strukturen sind zerstört und wurden von der „fortschrittlichen“ Politik der Regierenden nach der Erlangung der Unabhängigkeit nicht wiederhergestellt; sie hätten, das muß zu deren Entlastung gesagt werden, bisher auch bei entsprechendem Wunsch ihrerseits nicht wiederhergestellt werden können, denn die internationale Wirtschaftsstruktur, von der die meisten von ihnen sich nicht abkoppelten, ließ ihnen weder Zeit noch Möglichkeit dazu. Andererseits sind moderne Strukturen im westlichen Sinne nur rudimentär vorhanden. In den meisten asiatischen Ländern ist bisher keine Infrastruktur geschaffen worden, die elementaren Erfordernissen angepaßt ist, also genügend Arbeitsplätze schafft und ausreichende Mittel bereit hält für Straßenbau, Transportmittel, Kanalisation. Auf dem in Anfängen vorhandenen industriellen Sektor gibt es, wie wir gerade aus eng mit dem Westen zusammenarbeitenden asiatischen Ländern wissen, kein modernes Arbeitsrecht; denn wenn die Zahl der Arbeitsstunden pro Person dort nicht so hoch und der Lohn nicht so niedrig sein dürften, könnte es sich für die westlichen Länder nicht rentieren, Teile ihrer Produktion dorthin zu verlagern. Das heißt: Jene Länder befinden sich in einem Ordnungsvakuum, sie leben jetzt in Anarchie: Das alte System funktioniert nicht mehr, und ein neues, eigenständiges zu formen, wird ihnen verwehrt. Aus ihrem Vakuum heraus laufen sie internationalen Forderungen und Entwicklungen hinterher, die Regierungen dabei psychologisch und sozial weit entfernt von ihren Völkern.

Viele der Regierungen scheinen ihre Länder im westlichen Sinne industrialisieren zu wollen; die Völker jedoch, gäbe man ihnen eine Chance, würden ihre traditionelle Gemeinschaftsstruktur mit Dorf und Handwerk regenerieren. Weder verbreiteter Analphabetismus würde sie dabei behindern noch ihr „Tra-

ditionalismus“, in dem materielle und rationale Zweckmäßigkeit nicht der zentrale Wert, sondern ein Wert neben anderen ist⁵⁾.

Man braucht aber für den Wunsch nach Regeneration eingeborener Ordnungen gar nicht auf die psychologischen Unterschiede zwischen Asien und Europa und zwischen den asiatischen Völkern und ihren europäisierten Regierungen einzugehen. Der Westen vergißt bei seinen Entwicklungstheorien wieder eine einfache geschichtliche Tatsache, nämlich die, daß er selbst seine technische Industrialisierung bei funktionierender Agrarwirtschaft begonnen hat, die Grundnahrung und Steuern lieferte. Ganz offensichtlich ist der Wunsch nach einer tragenden Agrarstruktur nichts spezifisch Asiatisches und nichts „Traditionalistisches“, sondern er ist rational angemessen im Süden wie im Norden.

In einem bestimmten Sinne leben die Völker Asiens noch immer in struktureller Despotie, auch wenn nicht aktiv in ihr Leben eingegriffen wird. Jetzt kommt sie zustande durch die Passivität ihrer Regierungen, wo es darum geht, den Bauern und Handwerkern wieder eine Basis zu geben, auf der sie ihre traditionellen, derzeit brachliegenden Kräfte entfalten können. Ohne ein Stückchen Land und ausreichende Werkzeuge kann auch der begabteste Landwirt keine Früchte ziehen. Und einheimische handwerkliche Produkte finden nur schwer einen Käufer: Die armen Schichten sind nicht kaufkräftig; und die Kaufkräftigen benutzen Erzeugnisse der technischen Industrie. Die armen Massen Asiens haben in Staaten, die keine ausreichende Infrastruktur besitzen, aber doch zentral verwaltet werden, keinen Bewegungsraum und keine Startbasis.

Der Westen sollte gerade solchen Vertretern asiatischer Länder zuhören, die es wagen, ihm nicht nach dem Munde zu reden. Es sind diejenigen, die den elementaren und sachlich gerechtfertigten Bedürfnissen ihrer Völker näher stehen, so wie in der Vergangenheit Ho Chi Minh in Vietnam, Mahatma Gandhi in In-

⁵⁾ Ingeborg Y. Wendt, Japanische Dynamik und indische Stagnation? Eine Antwort auf theoretische Entwicklungsmodelle, Darmstadt 1978, und: Indien und Japan — Erwachen aus Traditionalismus und konfuzianischer Erstarrung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/80.

dien und auch, anderen Temperaments, zumindest in seinen früheren Jahren Sukarno in Indonesien. Denn ohne Kenntnis sozio-kultureller Voraussetzungen der hier umrissenen

Art kann vom Westen der Ausgangspunkt von Kämpfen wie denen in Kambodscha nicht verstanden, geschweige denn konstruktiver Einfluß ausgeübt werden.

III. Indochinas Gegenwart und jüngste Vergangenheit

Kambodscha ist noch nicht einmal ansatzweise bis zur Entwicklung einer eigenen Landesstruktur gelangt; es ist vielmehr zwischen nicht beendetem Kampf um Unabhängigkeit von europäischer Kolonialherrschaft und modernem „Nord-Süd-Konflikt“, zwischen Ost-West-Konfrontation und Spaltung des „Ostens“ zerrieben worden. Die Ratlosigkeit, mit der ein Teil des Westens den Ereignissen in Kambodscha zusieht, zeigt, daß nicht nur sozio-kulturelle Voraussetzungen, sondern auch politische Zusammenhänge unbekannt geblieben oder vergessen worden sind; wer heute Pol Pot oder Khieu Samphan interviewt, muß nicht nur mit Notwendigkeit zu wenig erfahren, sondern sich auch im jetzigen Chaos der politischen Zersetzung Kambodschas verlieren. Die augenblickliche Feindschaft zwischen verschiedenen kambodschanisch-vietnamesischen Gruppierungen — nicht „zwischen Kambodscha und Vietnam!“ — ist ein Ergebnis der lang anhaltenden Kämpfe in Indochina, deren Ursprünge in den internationalen politischen Entwicklungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges liegen.

Indochina stand nach 1945 ebenso wie Indien, Indonesien und andere Regionen der Welt vor der Erlangung der Unabhängigkeit von europäischer Kolonialherrschaft. Die Bevölkerung Indochinas wird auf 30 Millionen geschätzt⁶⁾; davon entfiel der größte Teil auf die Provinzen Amman und Cochinchina, die heute Vietnam bilden, knapp 3 Millionen auf Laos und 7 Millionen auf Kambodscha⁷⁾. Die Bevölkerungen sind einander verwandt und leben in den verschiedenen Gebieten vermischt, auch im heutigen Kambodscha. Khmer bilden hier die Mehrheit neben Vietnamesen, Laoten, Chinesen und Angehörigen von Bergstämmen⁸⁾.

⁶⁾ Arthur M. Schlesinger jr., *The Bitter Heritage. Vietnam and American Democracy 1941—1966*, London 1966.

⁷⁾ Chomsky, a.a.O., Bd. II, S. 21.

⁸⁾ Chomsky, a.a.O., Bd. II, S. 21.

Auch die französische Kolonialverwaltung hatte zur Vermischung der Bevölkerung beigetragen, indem sie sie je nach ihrem kolonialwirtschaftlichen Bedarf umsiedelte und z. B. Vietnamesen in die dünner besiedelten Gebiete von Kambodscha und Laos zur Arbeit auf den Gummipflanzungen und in den Minen schickte. Frankreich hat, so zitiert Schlesinger Präsident Roosevelt, „das Land“ — Indochina — „fast hundert Jahre gehabt und gemolken“⁹⁾. Was immer an ethnischen Animositäten vorhanden gewesen sein mag, hat also bis zur Ankunft der Europäer weder zur Teilung und Zersetzung noch zu Armut und Hunger in Indochina geführt; „das Land“ war vielmehr im 19. Jahrhundert reich genug, um, wie US-Präsident Roosevelt es formulierte, von Frankreich dann 100 Jahre lang „gemolken“ werden zu können.

Indochina ist bis zum vietnamesischen Sieg von Dien Bien Phu 1954 zwar kein Nationalstaat im westlichen Sinne, aber auch nicht in drei oder vier Nationalstaaten zerspalten gewesen. Alle Probleme, die danach in Vietnam, Laos und Kambodscha entstanden, sind nur im Kontext internationaler Politik zu verstehen.

Vietnam

US-Präsident Roosevelt betrachtete die japanische Südostasien-Strategie in den dreißiger Jahren als eine Bedrohung „vitaler“ amerikanischer Interessen, denn sie gefährdete die Versorgung der amerikanischen Industrie mit Gummi¹⁰⁾ — ein westliches Bedürfnis, das nicht neu war! Als Japan schließlich die südostasiatischen Länder überrollte und damit den europäischen Kolonialmächten in Asien und auch Amerika auf den Philippinen die erste Niederlage in ihrer Geschichte zufügte, sah Präsident Roosevelt voraus, daß die durch

⁹⁾ Schlesinger, a.a.O., S. 20.

¹⁰⁾ Ebd., S. 19f.

die temporären militärischen Siege Japans geschaffene Situation sich auch später nicht wieder rückgängig machen lassen würde. Er trug deshalb seinen Gedanken, Indochina, „eines der schwächsten Glieder in der Kette des westlichen Imperiums“, einer internationalen Kommission zu unterstellen, es „für die Selbstverwaltung zu erziehen“ (!) und auf die Unabhängigkeit vorzubereiten, auch Chiang Kai-shek und Stalin vor, die ihn im Unterschied zu England akzeptabel fanden¹¹⁾.

Präsident Roosevelt, der nach diesen Worten weniger auf der Grundlage von Verständnis für Indochinas Unabhängigkeitsstreben dachte und plante, sondern primär westliche Wirtschaftsinteressen im Auge hatte, sollte Recht behalten; nur hatte er offenbar den Widerstand der alten Kolonialmächte gegen jegliche Veränderung des vor-japanischen kolonialen Status quo nicht richtig eingeschätzt. Zunächst nahmen die Ereignisse einen unkomplizierten Lauf. Ho Chi Minh, so schreibt Reischauer, der 1945/46 im amerikanischen Außenministerium tätig war, „hatte schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine äußerst aktive nationalistische Oppositionsbewegung gegen die französische Kolonialherrschaft in Indochina gegründet. In den letzten Jahren des Krieges ... konnte Ho Chi Minhs Vietminh-Bewegung mit der Unterstützung bedeutender nicht-kommunistischer Gruppen festen Fuß in Nordvietnam fassen. Ho arbeitete unter dem Schutze von Chiang Kai-sheks Nationalregierung in China und erhielt sogar Unterstützung von den Vereinigten Staaten. Als dann die Japaner im März 1945 die Franzosen vertrieben und im August selber kapitulieren mußten, brachte die Vietminh fast ganz Vietnam unter ihre Kontrolle“ — so lautete die offizielle Formulierung; anders und zutreffender gesagt: der eingeborene Widerstand gegen die Fremdherrschaft setzte sich durch. Chiang Kai-sheks Truppen, die im Norden die japanische Übergabe entgegennahmen, erkannten die Vietminh als die vietnamesische ‚de facto-Regierung‘ in dem von ihr kontrollierten Gebiet an ...“¹²⁾. Bao Dai, unter der französischen und der kurzen japanischen Herrschaft nomi-

nell ‚Kaiser‘, dankte zugunsten der Vietminh ab.

Diese Regelung wurde jedoch nicht allgemein akzeptiert: „Die Briten ...“, die die japanische Kapitulation in Südvietnam entgegennahmen, verhinderten unter Einsatz französischer, japanischer und eigener Streitkräfte bis zur Rückkehr der französischen Kolonialbehörden eine Übernahme des von ihnen besetzten Gebietes durch die Vietminh ...“¹³⁾. Schlesinger kommentiert die britische Haltung kurz als der Besorgnis entspringend, daß — sinngemäß — das indonesische Beispiel Schule machen könnte¹⁴⁾; er widerlegt mit diesen Worten eine ganze langlebige westlich-sozialwissenschaftliche Annahme, nach der England seine Kolonien auf die Unabhängigkeit vorbereitet habe.

Während dieser Zeit gab es ständige Unruhen, die aus dem Unabhängigkeitsstreben der einheimischen Bevölkerung und Übergriffen französischer Kolonialbeamter sowie Uneinigkeit unter den beteiligten internationalen Kräften resultierten. Diese Entwicklungen gingen in den „Ersten Indochina-Krieg“, Untertitel „Die Franzosen“¹⁵⁾, über, der „offiziell“ mit einem französischen Marineangriff auf den nordvietnamesischen Hafen Haiphong im November 1946 begann und acht Jahre dauerte, länger also als der Zweite Weltkrieg, der Europa verwüstete. Er endete mit der französischen Niederlage von Dien Bien Phu 1954.

Die vor dem Fall von Dien Bien Phu geplante Indochina-Konferenz in Genf hätte danach eigentlich nicht mehr stattzufinden brauchen; aber über Vietnam wurde, obwohl es den Krieg gewonnen hatte, verfügt. Das Genfer Abkommen von 1954 sah einen „Waffenstillstand“ zwischen der europäischen und der asiatischen Partei, eine „provisorische Demarkationslinie“ am 17. Breitengrad mit Hanoi als nördlicher und Saigon als südlicher Hauptstadt und allgemeine Wahlen in ganz Vietnam für 1956 vor.

Amerika war inzwischen von seinem von Roosevelt vertretenen Standpunkt abgerückt. Die Weltlage hatte sich seit 1945 verändert: In China hatte sich Mao Tse-tung gegenüber

¹¹⁾ Ebd., S. 20/21.

¹²⁾ Edwin O. Reischauer, Was kommt nach Vietnam? Stuttgart 1970. Original Amerikanisch: Beyond Vietnam. The United States and Asia, New York 1967, hier S. 16.

¹³⁾ Reischauer, a.a.O., S. 17.

¹⁴⁾ Schlesinger, a.a.O., S. 21.

¹⁵⁾ Peter Scholl-Latour, Der Tod im Reisfeld. Dreißig Jahre Krieg in Indochina, Stuttgart 1980.

Chiang Kai-shek durchgesetzt, und in Europa war der ‚Kalte Krieg‘ entstanden. „1949 begannen“ deshalb „die USA, die mit Besorgnis ... den anscheinend steigenden Einfluß des Kommunismus überall in der Welt sahen, die Franzosen tatkräftig zu unterstützen: 1954 trugen die USA schließlich 80 Prozent der französischen Kriegskosten.“¹⁶⁾ Mittlerweile war also aus dem Unabhängigkeitskampf der Vietnamesen in der westlichen Interpretation ein Krieg im Rahmen der Ost-West-Konfrontation geworden. Von Asien aus gesehen dagegen hatte Amerika die Nachfolge der Kolonialmacht Frankreich angetreten.

Die USA hatten das Genfer Abkommen nicht unterzeichnet; im Kontext der Ost-West-Konfrontation gründeten sie 1954 zusammen mit sieben befreundeten Ländern die SEATO und stützten mittels Wirtschafts- und Militärhilfe Saigon unter dem noch von den Franzosen wieder eingesetzten Bao Dai und später das Regime Ngo Dinh Diems. Wohl alle Kenner der indochinesischen Szene wußten damals, daß aus allgemeinen Wahlen, für 1956 vorgesehen, Ho Chi Minh als Sieger hervorgehen würde. „Diem war daher fest entschlossen, die Wahlen zu verhindern; er weigerte sich, im Juli 1955 an den in Genf beschlossenen Vorgesprächen teilzunehmen, und im Sommer 1956 ignorierte er, von den Amerikanern offen unterstützt, den Wahltermin. Die ursprünglich nur provisorische Demarkationslinie zwischen Nord- und Südvietnam wurde zu einer festen Einrichtung.“¹⁷⁾ Wieder, oder immer noch, hatte ein asiatisches Volk keine Stimme, unterdrückt, sei es direkt oder indirekt, von einer westlichen, nicht von einer östlichen Macht. Denn Diem allein wäre gegen Ho Chi Minh und den vietnamesischen Volkswillen niemals angekommen.

Daß Ho Chi Minh diese Regelung nicht akzeptieren würde, hätte vorausgesehen werden können. Die USA hatten erlebt, daß, wie Reischauer schreibt, die Franzosen selbst mit massiver amerikanischer Unterstützung den Vietminh nicht gewachsen waren, „die bedeutend weniger Unterstützung vom Ausland erhielten, dafür aber den vietnamesischen Nationalismus weitgehend auf ihrer Seite hat-

ten“¹⁸⁾. So ging der Krieg nach dem vietnamesischen Sieg von Dien Bien Phu weiter — der „Zweite Indochina-Krieg“, Untertitel: „Die Amerikaner“¹⁹⁾.

Spaltung, Kommunismus, Nationalismus

Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurde nach 1954 Vietnam, wurde Indochina in feindliche „National“einheiten zerspalten, und gleichzeitig begann auch jene politische Zersetzung der Region, die heute in Kambodscha sichtbar ist. Denn die volkstümlich-politischen Strömungen entsprachen der offiziell-politischen Teilung Vietnams nicht. Das Unabhängigkeitsstreben bestand in der Provinz Cochinchina im Süden genau wie in der Provinz Annam im Norden und wie in Laos und Kambodscha; von nun an überschritt sich die formal-politische Teilung Vietnams mit einer anderen Art von Spaltung, die durch ganz Indochina ging: die zwischen dem Volk und der westlich orientierten administrativen und wirtschaftlichen „Elite“ der drei Länder (vier, wenn man für den betreffenden Zeitraum Nord- und Südvietnam gesondert zählt). — Alle noch folgenden Genfer Indochina-Konferenzen waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn das Volk Indochinas, dessen Sache 1954 in Dien Bien Phu gesiegt hatte und 1956 in allgemeinen Wahlen vertreten worden wäre, bekam in der Weltpolitik keine Stimme.

Es gab damals zwei westliche Deutungen der Ereignisse. Die verbreitetste war die west-ost-ideologische, aber sogar innerhalb dieser Konzeption gab es Kritik an der offiziellen amerikanischen Indochina-Politik. Ostasien-Experte Reischauer, Harvard-Professor und Regierungsbeamter in wechselnden hohen Ämtern, begann schon vor der französischen Niederlage von Dien Bien Phu seine Arbeit für das Buch, das 1955 unter dem provozierenden Titel „Wanted: An Asian Policy“ in New York erschien. Enttäuscht konstatiert er in seinem oben zitierten Buch „Was kommt nach Vietnam?“, daß das frühere Buch zum gleichen Thema in die Bibliotheksregale ein- und dort untergegangen sei.

¹⁶⁾ Reischauer, a.a.O., S. 17.

¹⁷⁾ Ebd., S. 19.

¹⁸⁾ Ebd., S. 17.

¹⁹⁾ Scholl-Latour, a.a.O.

Der Idealist Reischauer hatte erwartet, daß seine Expertenmeinung von der durchführenden Politik berücksichtigt werden würde. Er vertrat einen Standpunkt, den damals niemand im öffentlichen Leben des Westens einschließlich des größten Teils der westlichen Ländervertretungen in Asien akzeptiert oder auch nur gekannt hat, der heute aber nicht mehr außergewöhnlich erscheint. Reischauer schrieb damals, daß Ho Chi Minh China gegenüber so frei gewesen wäre wie Tito gegenüber der Sowjetunion: „Die Tatsache, daß Hanoi seine Unabhängigkeit sowohl von Peking als auch von Moskau zu wahren gesucht hat, und zwar trotz der militärischen Abhängigkeit von beiden, in die es durch den Krieg gegen die USA gedrängt wurde, läßt erkennen, daß ein kommunistisches Vietnam ohne diesen militärischen Druck recht unabhängig gewesen wäre.“²⁰⁾ Unabhängig davon weist Schlesinger darauf hin, daß durch den Bruch zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China der Kommunismus als eine monolithische Ideologie aufgelöst und allen kommunistischen Staaten die Möglichkeit offen war, auch nationale Politik zu verfolgen²¹⁾. Beide Autoren deuten an, wieviel unproblematischer die Entwicklungen in Asien verlaufen wären, wenn Amerika eine sachgerechtere, verständnisvollere Asien-Politik verfolgt hätte.

Bei seinem Versuch, die Umwälzungen in Asien zu verstehen, zog der Westen neben „kommunistischer Unterwanderung“ noch eine andere Erklärung heran, nämlich den „erwachenden Nationalismus“ der „jungen Völker“. Auch Reischauer und Schlesinger wenden dieses Konzept an in ihrem Bemühen, dem Westen die Vorgänge in Indochina verständlich zu machen. Aber diese westliche Projektion war zwiespältig.

Die einen meinten es positiv. Der Nationalstaat und das Nationalbewußtsein gehörten für sie zu dem „Guten“, das die europäische Kolonialherrschaft den außereuropäischen Völkern gebracht habe, und in einem gedanklichen Kurzschluß glaubte Europa, im Zusammenhang mit seiner Vorstellung von einem „orientalischen Despotismus“ den von ihm beherrschten Völkern zugleich mit dem Natio-

nalstaat auch die Freiheit gebracht zu haben, die jene vorher nicht gekannt und, mangels gedanklicher Kenntnis, auch nicht angestrebt hätten.

Den westlichen Kreisen, die in dieser Vorstellung lebten, ist das Wort „Erwachen“ der Völker Asiens zuzuschreiben. Die Geschichte der Unabhängigkeitsbewegung der kolonial beherrschten Völker, der Aufstände gegen die Fremdherrschaft und ihrer Niederschlagung durch die Kolonialregierungen, war nicht bekannt, und die Vorstellung von einem individuellen, spontan-menschlichen Verlangen nach natürlicher Freiheit in einer nicht zentral verwalteten Welt gab es im Westen damals offenbar nicht. Auf diesem Hintergrund erschien die bisher unbekannt „nationale“ Dynamik in Asien als etwas Neues, vom Westen Gelerntes, Positives — während sie in Wirklichkeit nur eine Reaktion war, ein Versuch, sich mit den Mitteln des Feindes von ihm zu befreien, da die eigenen Mittel nicht ausgereicht hatten.

Andere Kreise im Westen gingen offenbar von negativen Aspekten des Nationalstaates aus, aber weniger von innerstaatlichen, wie Totalitarismus, als von außenpolitischen. Wenn sie von Nationalismus in Asien sprachen, meinten sie eine ihrer Meinung nach unvernünftige Isolierung und stellten außerdem den aus der Defensive geborenen asiatischen „Nationalismus“ den aggressiven Nationalismen Europas gleich. Mit dieser Interpretation verschlossen sie ihre Augen vor der geschichtlichen Tatsache, daß die Länder Asiens während der Kolonialperiode in Unfreiheit gelebt hatten.

Die Projektion vom asiatischen Nationalismus machte es möglich, die Länder Asiens gegeneinander auszuspielen, d. h. zu unterstellen, daß z. B. Vietnam, Laos und Kambodscha gegeneinander gerichtete „nationale“ Interessen hätten. In Wirklichkeit ist der größte Teil der internen „Interessen-“ oder Machtkämpfe ein Erbe des kolonialherrschaftlichen *divide and rule* und damit das Ergebnis der machtpolitischen Einmischung seitens der Großmächte in der Gegenwart.

Kambodscha: Prinz Sihanouk

In den sechziger Jahren eskalierten die USA ihr „Engagement“ in Indochina. Ende 1950 wa-

²⁰⁾ Reischauer, a. a. O., S. 23.

²¹⁾ Schlesinger, a. a. O., S. 10 und S. 75.

ren nur 800 amerikanische Soldaten in Vietnam, drei Jahre später 15 000, und deren Zahl wuchs auf über 550 000 an²²⁾. Spätestens 1964 begannen nach einem „Zwischenfall“ im Golf von Tonking die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam, die ab Februar 1965 planmäßig und offiziell durchgeführt und erweitert wurden. Es ereignete sich der „Holocaust“, der damals nicht als solcher bezeichnet wurde. Und während die USA in Vietnam, auch im von ihnen gehaltenen Süden, mit immer härteren Mitteln kämpften, dehnten sie ihre Kampfhandlungen auf Laos und Kambodscha aus. Daran erinnern Namen wie „Ebene der Tonkrüge“ (im Norden von Laos), durch die 1969 „die CIA-unterstützte Clandestine Army“²³⁾ zog, Ho Chi Minh-Pfad und Begriffe wie „verbrannte Erde“. Laos wurde mit denselben Mitteln verwüstet wie Vietnam — nur wurde darüber im Westen noch weniger berichtet. Am 26. Februar 1970 schreibt die in Hongkong erscheinende Far Eastern Economic Review über die amerikanischen Kriegshandlungen in Laos: „... An manchen Stellen haben die jahraus, jahrein, Tag und Nacht geflogenen Bombenangriffe die Konturen der Landschaft verändert; kleine Flußläufe haben, indem sie Kilometer auf Kilometer die Krater mit Wasser auffüllten, Seen gebildet ...“²⁴⁾.

Oft wurden amerikanische Kriegshandlungen erst nachträglich bekannt, z. B. durch zufällige Besuche amerikanischer Journalisten an Stätten, die kurz zuvor Opfer eines amerikanischen Luftangriffes geworden waren; viele weitere amerikanische Aktionen sind der westlichen Öffentlichkeit wahrscheinlich bis heute verborgen. Jedenfalls trägt nach Chomsky, der sich auf Angaben des Pentagon stützt, die allein schon zwischen 1965 und 1969 über Indochina abgeworfene Bombenlast das Neunfache der Bombentonnage, die während des Zweiten Weltkrieges insgesamt über dem pazifischen Kriegsschauplatz einschl. Hiroshima und Nagasaki niedergegangen ist²⁵⁾.

Daß der Ho Chi Minh-Pfad eine ungerechtfertigte („ausländische“) „Einmischung“ Vietnams in Laos darstelle, war eine westliche Verzerrung der geschichtlichen Gegebenheiten.

²²⁾ Reischauer, a.a.O., S. 21.

²³⁾ Chomsky, a.a.O., Bd. II, S. 7.

²⁴⁾ Ebd., S. 21.

²⁵⁾ Ebd., S. 209/210.

Prinz Sihanouk sagte in einer Rede auf der „Gipfelkonferenz der Völker Indochinas“, die er 1970 nach seinem Sturz von seinem chinesischen Exil aus einberief: „Der Zynismus der US-Führung erreichte seinen Höhepunkt, als sie verlangte, daß die Widerstandskräfte unserer drei Völker ... als Gegenleistung für den teilweisen Abzug amerikanischer Streitkräfte ihre Länder verlassen, und insbesondere, indem unser Widerstand auf eigenem Boden kurzerhand zur ‚Intervention durch das Ausland‘ erklärt wurde ...“²⁶⁾.

Sihanouks Bemühung um Neutralität Kambodschas wurde von späteren amerikanischen Indochina-Experten hoch eingeschätzt. Bis 1965 stand er mit Frankreich und auch mit Amerika nicht allzu schlecht, wenn auch wohl besser mit China. Der linken Opposition in seinem Land war er nicht sozial und konsequent genug, aber das Landvolk scheint ihn verehrt zu haben. Die rechte Opposition war schillernd; sie versuchte, ihm zur Last zu legen, daß er ausländischen Einflüssen gegenüber nicht unabhängig genug war. Die späteren Entwicklungen legen nahe, daß diese Vorwürfe sich auf seine Beziehungen zum chinesischen, nicht zum amerikanischen Ausland richteten. Letztlich stand Sihanouk für amerikanische Vorstellungen zu weit links. Als er 1970 während einer Abwesenheit von Pnom Penh gestürzt wurde, erklärte sich Amerika schnell mit Sihanouks ehemaligem Ministerpräsidenten Lon Nol als Nachfolger einverstanden, der die Neutralität aufgab und sich eindeutig zum westlichen Lager bekannte. Es spricht vieles dafür, daß Amerika den Sturz Sihanouks mit vorbereitet hat; aber man kann diese Frage ruhig offenlassen. Amerika hat jedenfalls, und zwar von Anfang an, mit Lon Nol besser zusammengearbeitet als je vorher mit Prinz Sihanouk.

Im nachhinein muß gesagt werden, daß Sihanouks Neutralitätsbemühen nicht so positiv zu bewerten ist. Er hat die Neutralität mit sehr gefährlichen und oft schädlichen Mitteln aufrechtzuerhalten versucht, und zwar im Innern des Landes unter Anwendung von Gewalt. Die Opposition mußte in den Untergrund gehen, wenn sie überleben wollte. Sihanouks Armee werden Massaker zugeschrieben, deren Grausamkeit den heute gemeldeten kaum nach-

²⁶⁾ Ebd., S. 19.

stand, so z. B. bei der Niederschlagung des Bauernaufstandes in der Provinz Battambang 1967. Und während er mit den „linken“ Kräften Indochinas, d. h. denen, die um Unabhängigkeit vom Ausland, geschichtslogischerweise speziell dem westlichen, und für eine asiatisch-sozialistische Wirtschaft kämpften, von einem neutralen Standpunkt aus zusammenzuarbeiten versuchte, gleichzeitig aber in seinem Land soziale Aufstände brutal unterdrückte, wurde seine Regierung von rechts her unterwandert. Eine rechtsstehende Untergrundbewegung bildeten die Khmer Serei („Freie Khmer“), zu der von den amerikanischen Special Forces in Südvietnam ausgebildete und von Stützpunkten in Südvietnam und Thailand aus operierende Kambodschaner gehörten; eine ihrer führenden Persönlichkeiten war Son Ngoc Thanh, der während des Zweiten Weltkrieges eng mit Japan zusammengearbeitet hatte und sich später in den Dienst der CIA stellte²⁷⁾.

Sihanouks Neutralität war keine Position, die sich zwischen zwei — wenn auch nicht gleich starken, so doch gleich entschlossenen — Gegnern in Indochina auf die Dauer behaupten konnte. Sie schuf vielmehr ein politisches Vakuum, das Kambodscha schwächer machte, als es Vietnam und Laos je gewesen waren.

Ein Jahr vor dem Sturz Sihanouks im März 1970 begannen die umstrittenen und lange geheimgehaltenen regelmäßigen amerikanischen Luftangriffe auf sogenannte vietnamesische Zufluchtstätten in Kambodscha²⁸⁾.

Obwohl mit der Machtübernahme durch Lon Nol 1970 die offizielle Neutralität Kambodschas beendet war — und zwar zugunsten des Anschlusses an die westliche Politik —, wurde Kambodscha für westliche Besucher zunehmend unzugänglicher. Bis zum Jahre 1969 konnten westliche Touristen noch die Tempelruinen von Angkor Vat im Dschungel um Siem Reap besuchen; dann wurde dies unmöglich, weil Kambodscha voll in den Krieg einbezogen und die Region Siem Reap/Angkor Vat von den Roten Khmer eingenommen wurde. Das politische Vakuum, das Sihanouks

Neutralität hinterlassen hatte, wurde vom Bürgerkrieg ausgefüllt. Wer heute von „ethnischen Feindschaften“ zwischen Kambodschanern und Vietnamesen spricht, erinnere sich daran, daß zwischen 1970 und 1975 Kambodschaner gegen Kambodschaner kämpften, die Truppen der Roten Khmer gegen die Armee Lon Nols.

Es war ja nur die europäisierte „Elite“, die Lon Nols Politik unterstützte, und was infolgedessen geschah, hätte vorausgesehen werden können: Der innere Widerstand in Kambodscha wuchs und konsolidierte sich, und zwar nun einhellig zugunsten der linken Kräfte. Soweit die Landbevölkerung Prinz Sihanouk verehrt hatte, war sie von Beginn gegen Lon Nol, der ihn gestürzt hatte; wer wie Sihanouk gern neutral geblieben wäre, aber — im Unterschied zu ihm — für die sozialen Erfordernisse des Landes offen war und unabhängig sein wollte, hatte keine andere Wahl, als sich auf die Seite der Linken zu schlagen; und je brutaler die Polizei und das Militär Lon Nols jeden Widerstand unterdrückten, desto mehr Anhänger fanden die Roten Khmer im Volk. Erst jetzt wuchsen sie zu der Kraft heran, die in der Lage war, 1975 Pnom Penh einzunehmen.

Die westliche Unterschätzung bzw. der geringe Bekanntheitsgrad der Roten Khmer selbst ist einer der Gründe dafür, daß sie stärker wurden und sich die Lage in Kambodscha verschlechterte. Als Kissinger 1972 in seiner Funktion als „Berater des Präsidenten für Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit“ Bedingungen formulierte, die zur Einstellung der Kampfhandlungen in Kambodscha führen sollten, wandte er sich damit an die nordvietnamesische Regierung, unter der falschen Voraussetzung, daß diese für die Roten Khmer sprechen könnte²⁹⁾. Die Folge davon war, daß die Nichtbeachtung der amerikanischen Bedingungen in Kambodscha eine Fortsetzung der Kampfhandlungen zu rechtfertigen schien und für das Scheitern der Friedenspläne die Kambodschaner verantwortlich machte.

Khmer Rouge

Die Roten Khmer sind, verglichen mit den Vietminh, eine junge Organisation. Sie ent-

²⁷⁾ Ebd., S. 14.

²⁸⁾ William Shawcross, Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas, Berlin 1980. — Obwohl flüssig geschrieben, hat das Buch den Charakter einer Dokumentation.

²⁹⁾ Ebd., S. 285 ff.

standen zu einer Zeit, in der die ehemals kolonialbeherrschten Völker zum größten Teil ihre formal-politische Unabhängigkeit erlangt hatten und die Welt von zwei deutlich umrissenen Machtblöcken beherrscht wurde. Demgemäß war ihre politische Überzeugung und ihre Kampfbasis enger gefaßt als es die der Vietnam gewesen waren: sie nannten sich „rot“ und bekannten sich damit zu einer der herrschenden Ideologien. Anders als die durch ihren Sieg auch über die USA — fast zwei Jahrzehnte nach dem in Dien Bien Phu schon einmal errungenen Sieg über den Westen — stabilisierte Regierung des geeinten Vietnam waren die Roten Khmer noch immer eine Partisanen-Bewegung, eine Widerstandsgruppe, deren Labilität durch jede vorübergehende Niederlage und jeden Positionswechsel offenbar wurde. Sie hatten sich in dem langanhaltenden Inferno, aus dem sie geboren waren, auch nicht auf die Regierung eines Landes vorbereiten können, schon gar nicht eines Landes, das von Fremdeinmischung und Bürgerkrieg zerrissen war.

Damit sind aber noch nicht alle Schwächen der Roten Khmer genannt. Als ihre Truppen 1975 Pnom Penh einnahmen — Lon Nol hatte sich mit seiner Regierung rechtzeitig abzusetzen gewußt —, war „das Auffallendste an ihnen ... ihre Jugend und ihre Erschöpfung ...“³⁰⁾.

Schon während des Vietnam-Krieges fiel bei der Berichterstattung auf, daß die Soldaten immer jünger wurden. Es sind aber nie Zusammenhänge mit den hohen Verlusten an Menschenleben hergestellt und Schlußfolgerungen gezogen worden. Es wurde vielmehr stets von dem unerschöpflichen asiatischen Reservoir an Menschen gesprochen³¹⁾. Man schaue auf eine Weltkarte und vergleiche die Ausdehnung Indochinas mit der Westdeutschlands, wo heute mehr als 60 Millionen Menschen leben: wenn in ganz Indochina vor dem jahrzehntelangen Krieg 30 Millionen Menschen gelebt haben sollten, so waren das keine „unerschöpflichen Menschenmassen“. Und die keineswegs exzessiv hohe Bevölkerung wurde durch den Krieg sowohl mit mechanischen Mitteln, die mit einem Hebeldruck viele Menschen töten, als auch zusätzlich mit den Mit-

teln des Guerilla-Dschungel-Krieges dezimiert. Dazu kommt noch, daß die durchschnittliche Lebenserwartung auch unter normalen, friedlichen Umständen in den sogenannten Entwicklungsländern wesentlich geringer ist als in den westlichen Industrieländern und in Japan. (Im speziellen Fall Indochinas können schwerlich Statistiken über die Lebenserwartung unter „normalen, friedlichen“ Umständen vorliegen!) Die bloße Tatsache der Jugendlichkeit, der Kindlichkeit der Soldaten in Kambodscha, das länger als Vietnam und Laos immer noch kämpft, ist ein Anzeichen für das Aussterben eines Volkes.

Was können die Kinder-Soldaten an Ausbildung besitzen? Es kann unter ihnen keine Ärzte, Ingenieure, Verwaltungsfachleute geben. Die Grunderziehung der „Tschlop“, der „jungen Garden der Roten Khmer“³²⁾, muß hauptsächlich in einer Indoktrination bestanden haben, deren Fanatismus seinerseits bereits aus Angst, Elend und dem Erleiden von Ungerechtigkeit über lange Zeit geboren war. Die in Pnom Penh einrückenden, erschöpften, jugendlichen Truppen können dem Chaos und dem Elend, das sie nach fünf Jahren Krieg und Bürgerkrieg in der Stadt und in den Krankenhäusern vorfanden, unmöglich gewachsen gewesen sein. Allein aus diesem Grund setzten sich Chaos und Elend fort³³⁾. Und zu ihrer sachlichen Inkompetenz kam die absichtliche Grausamkeit. Skrupel irgendwelcher Art haben sie in ihrem bisherigen kurzen Leben nicht zu entwickeln gelernt. „Die Gefährlichsten waren die Neun- und Zehnjährigen“, sagte eine Frau. „Pol Pot hatte ihnen dieses Spiel beigebracht“ (Gespräche abhören, denunzieren, töten). „Für sie war es das gleiche wie eine Eidechse zu töten oder einen Schmetterling zu fangen.“³⁴⁾

Die Roten Khmer setzten die grauenhaften „Säuberungen“ fort; es wurden jetzt rechte und rechtsverdächtige Menschen umgebracht oder „exekutiert“, so wie vorher von den Kräften Lon Nols linke und linksverdächtige. In

³²⁾ Tiziano Terzani, Ich höre noch Schreie in der Nacht, in: Der Spiegel Nr. 16—18, April 1980. Hier Teil I, S. 169.

³³⁾ Siehe die dürre Schilderung der weitgehend unbekannt gebliebenen grauenhaften Methoden und Folgen der Räumung der Krankenhäuser von Kriegsverletzten durch die Kinder-Soldaten in Pnom Penh bei Shawcross, a.a.O., S. 396/7.

³⁴⁾ Terzani, a.a.O., Teil II, S. 166.

³⁰⁾ Ebd., S. 396.

³¹⁾ Wendt, a.a.O.

die Zeit nach 1975 fallen auch Maßnahmen, die im Westen nur vereinzelt bekanntgeworden und, aus ihrem Kontext herausgelöst, mystifiziert worden sind. Zu diesen gehört die Räumung der Städte aufgrund der angeblichen Städtefeindlichkeit der Roten Khmer.

Man muß dazu wissen, daß es zu den Methoden der amerikanischen Kriegführung in Vietnam, Laos und Kambodscha gehört hatte, die Bevölkerung in überschaubaren Siedlungen oder Lagern zusammenzufassen, um sie besser kontrollieren zu können und ihnen die Unterstützung „linker“ indochinesischer Befreiungsgruppen, seien es Vietcong, Pathet Lao oder Rote Khmer, unmöglich zu machen. Diesem Ziel hatte auch die Aktion „Verbrannte Erde“ gedient, die die Landbevölkerung der betroffenen Gebiete zwang, ihre Dörfer zu verlassen. Von offizieller amerikanischer Seite wurde diese Aktion auch „Urbanisierung“ genannt, womit „Modernisierung“ suggeriert wurde.

Die „Städtefeindlichkeit“ der Roten Khmer war also nicht nur sehr verständlich, sondern zudem praktisch naheliegend, weil in Kambodscha totales Chaos herrschte und es keinerlei städtische Infrastruktur mehr gab (kein Geld, keinen Postverkehr, keine Lebensmittelversorgung). Die Rückkehr aufs Land bot unter diesen Umständen die einzige, wenn auch extrem vage Überlebenschance. Und drittens hatte in den Städten die europäisierte „Elite“ gelebt.

Zur Pathologie der Grausamkeit

Die von den Roten Khmer begangenen Gewalttaten müssen auf dem Hintergrund des 30jährigen Krieges in Indochina gesehen werden. Schon in Vietnam und Laos hatte der Krieg extrem grausame Dimensionen angenommen.

Je stärker die Zwänge von außen wurden, um so empfindlicher und gleichzeitig fanatischer wurde man gegenüber ausländischen Forderungen und Maßnahmen und gegenüber Gruppen und Personen in den eigenen Reihen, die vermeintlich oder tatsächlich mit dem äußeren Feind kollaborierten. Zeitlich parallel mit den schlimmsten Grausamkeiten der Roten Khmer muß ihre Unterwanderung durch Amerika und ihr innerer Zerfall stattgefunden haben, d. h. zur Frustration kamen in zuneh-

mendem Maße Mißtrauen und eigene Ohnmacht. Wahrscheinlich gilt für den kollektiven Amoklauf der Roten Khmer prinzipiell dieselbe Erklärung, die Manfred von Conta im „Stern“ Nr. 43/1980 für ein von Indianern in Brasilien angerichtetes Massaker gibt: „... Jahrelang aufgetauter, ohnmächtiger Zorn hatte sie rasend gemacht.“ Dazu kommen, wie in allen Lagern, noch psychisch abnorme Zustände einzelner Soldaten und einzelner militärischer und politischer Führer und im Fall der Roten Khmer speziell die abnorme Jugendlichkeit ihrer Soldaten.

Das ist aber erst die eine Seite: Wenn heute von massenhaften menschlichen Skeletten in den Feldern Kambodschas geschrieben wird, so kann bisher niemand beweisen, wie lange sie sich dort befinden und ob es Überreste von Opfern Pol Pots sind. Es ist eine einfache Schlußfolgerung der Logik, daß auch die Überreste der Opfer der amerikanischen Bombenangriffe in der Erde Kambodschas geblieben sein müssen. Gewalttaten auf allen Seiten sind wahrscheinlich genauso wenig typisch für Amerikaner wie für Asiaten, sondern charakteristisch für Menschen gleich welcher Rasse und Kultur, die lange in ständiger Spannung und Todesangst leben, oder auch für solche, die zu abnormen psychischen Reaktionen neigen.

Pol Pot, Khieu Samphan, Heng Samrin

Nach dem Sturz Lon Nols ging der Krieg nach außen weiter. Die kambodschanische Marine kaperte im Mai 1975 das US-Container-Schiff Mayaguez, und als „Vergeltung“ ordneten Präsident Ford und Außenminister Kissinger die Bombardierung des kambodschanischen Festlandes an³⁵⁾.

Die Jahre zwischen 1975 und 1978 sind bis heute sehr dunkel. Es sind die Jahre der Schreckensherrschaft der Roten Khmer mit Pol Pot an der Spitze — nach einem Zwischenspiel vom September 1975 bis April 1976, in welchem Prinz Sihanouk, der sich nach seinem Sturz vom Exil aus mit den linken Kräften Indochinas verbündet hatte, noch einmal als zumindest nominelles Staatsoberhaupt Kambodschas fungierte —, in denen aber auch bemer-

³⁵⁾ Shawcross, a.a.O., S. 435.

kenswerte Veränderungen stattgefunden haben müssen. Dafür sprechen z. B. die folgenden Indizien: Die International Herald Tribune berichtet am 14. August 1980 (spät!), daß 1978 die wirtschaftliche und soziale Politik Kambodschas etwas liberalisiert war. Ausländische Touristen besuchten (wieder) die Ruinen von Angkor, und eine große Zahl von technischem Personal kehrte auf seinen früheren Posten in Pnom Penh zurück.

In der westlichen Berichterstattung über die Roten Khmer nimmt Pol Pot den ersten Platz ein; Khieu Samphans Name ist erst seit kürzerer Zeit im Westen bekannt. Die Meldungen über Pol Pot sind etwas mysteriös. Im Newsweek-Artikel vom 21. Juli 1980 schreibt der Reporter am Schluß seines Berichts über den „unheimlichen“ Besuch im verregneten Dschungel-Camp. Während seines Gesprächs mit Khieu Samphan hätte Pol Pot wenige Meter entfernt, entmachtet, in einem Gefängnis-käfig kauern, aber genau so gut als Graue Eminenz noch immer der Führer der Roten Khmer sein können. Für die Greuelthaten der Roten Khmer werden Pol Pot und seine engste Clique verantwortlich gemacht, zu der Khieu Samphan offensichtlich nicht gehört. Khieu Samphan hat unter Eingeweihten den Ruf der Integrität genossen, und man fragt sich, wie dieser integre und intellektuelle Politiker der Roten Khmer sich mit den von ihnen verübten Grausamkeiten in Verbindung bringen läßt.

Pol Pot, 1928 geboren, erhielt eine Ausbildung in einer buddhistischen Pagode, am Collège Technique in Pnom Penh und in Paris, wo er Radioelektronik studierte. Er fiel dreimal durch die Abschlußprüfungen, weil er eigenen Erklärungen zufolge hauptsächlich an revolutionärer Arbeit interessiert war³⁶⁾. Nach Pnom Penh zurückgekehrt, wurde er als Journalist bekannt und gehörte, zunächst insgeheim, der Kommunistischen Partei Kambodschas an, deren Generalsekretär er später wurde. 1963 floh er aus Pnom Penh und schloß sich dem Untergrund an. Dieser Werdegang ähnelt dem auch anderer späterer Führer der Roten Khmer. Pol Pot bildete seine Regierung (1976—1978) mit Genossen des Widerstandes aus den frühen sechziger Jahren. Ieng Sary war Außen- und Son Sen Verteidigungsminister, ihre Ehefrauen, die außerdem Schwestern waren, hatten

³⁶⁾ Ebd., S. 262.

die Ministerposten für soziale Maßnahmen und für Erziehung, Kultur und Information inne. Diese persönlich-familiär-politische Verquickung bot Gegnern eine Angriffsfläche.

Am 3. Dezember 1979 veröffentlichte der „Spiegel“ ein Interview mit Ieng Thirith; dem Photo nach ist die Sozialministerin und Schwägerin Pol Pots jedenfalls nicht unterernährt wie Hunderttausende ihrer Landsleute, und dem Inhalt ihrer Antworten nach, in Beziehung gesetzt zu dem, was man über die Lage der Roten Khmer fast ein Jahr nach ihrem Sturz sonst hörte, könnte man annehmen, sie befinde sich in schizophrener Realitätsferne.

Khieu Samphan hat ein völlig anderes Profil. Er hatte unter Sihanouk trotz erlittener Demütigungen versucht, einen gemäßigten Kurs zu steuern und gewann 1962 sogar einen Sitz im Parlament, verlor seinen Posten als „Staatssekretär für Handel“ aber, als er es ablehnte, als Bestechungsgeschenk einen Mercedes anzunehmen und dafür eine Handelslizenz zu gewähren³⁷⁾. Er stieß erst 1967 zum Untergrund. Während der Jahre des wachsenden Bürgerkrieges 1970—1975 hat er eine führende Rolle in Armee und Organisation der Roten Khmer gespielt; in Pol Pots späterer Regierung war er jedoch in einer untergeordneten Position.

Auch Khieu Samphan hat in Paris studiert, im Gegensatz zu Pol Pot aber sein Studium 1959 mit einer Dissertation über „Kambodschas Wirtschaft und Industrialisierung“ abgeschlossen. In dieser Doktorarbeit sind Analysen und Thesen formuliert worden, die die Notwendigkeit struktureller Veränderungen im Land zeigen. Auf die kürzestmögliche Formel gebracht, sagt die Arbeit, daß industrielle Entwicklung in Kambodscha nur möglich ist nach vorangegangener Wiederherstellung gesunder landwirtschaftlicher Strukturen und daß eine vorzeitige Eingliederung Kambodschas in die internationale Wirtschaftsstruktur, die nach den Bedürfnissen der industriell etablierten Länder geformt ist, die Eigenentwicklung des Landes verhindert³⁸⁾.

Heng Samrin, dessen Gruppe im Januar 1979 mit Hilfe Vietnams die Roten Khmer stürzte,

³⁷⁾ Ebd., S. 267.

³⁸⁾ Ebd., S. 263.

hat sich offenbar zu dem Zeitpunkt von den Roten Khmer abgesetzt, zu dem diese sich von Amerika unterstützen zu lassen begannen. Was der Politiker in einem Terzani gegebenen Interview³⁹⁾ sagt, klingt wirklichkeitsnäher als die Angaben der übergewichtigen Ministerin Ieng Thirith, daß nämlich die Streitkräfte der „Pol Pot-Ieng Sary-Clique“ nur noch in jenem thai-kambodschanischen Grenzgebiet existieren, nicht mehr im Innern Kambodschas, und zwar nur dank des Einverständnisses und der Unterstützung von Bangkok und der hinter Bangkok stehenden Mächte.

Die Roten Khmer, im Grunde nicht über eine militärische Widerstandsbewegung hinausgekommen, waren nach ihrem Sieg 1975 total überfordert. Sie konnten weder das zerrüttete Land aufbauen noch den Kampf gegen Amerika fortsetzen.

Ein anderer Teil, von Khieu Samphan repräsentiert, glaubte vielleicht in der Erkenntnis der eigenen Schwäche, den einzigen Ausweg in der Versöhnung mit dem überstarken westlichen Gegner zu sehen, mit einem Anflug jener Neutralitätsneigung, deren Vertreter Prinz Sihanouk gewesen war. Die Rückkehr beider, Sihanouks und Khieu Samphans, in die Regierung Kambodschas scheint immer noch diskutabel zu sein, und zwar nicht im Sinne der Konfrontation, sondern eher der Versöhnung mit Vietnam. Aber Sihanouk stößt auf allen Seiten auf skeptische Reserve — der Lohn seiner Neutralitätspolitik, die niemandem genutzt hatte —, und Khieu Samphan ist schließlich auch unglaubwürdig geworden. Er ist die tragischste Gestalt von allen; in ihm ist der gebrochene Wille der Roten Khmer personifiziert. Für die einen scheint auch er sich mit den amerikanischen ‚Imperialisten‘ verbündet zu haben, für die anderen ist er als ein führen-

des Mitglied der Roten Khmer schwerlich von deren Greuelthaten abzuheben.

Heng Samrin ist es heute, der die Tradition des Unabhängigkeitskampfes der Völker Indochinas für Kambodscha fortsetzt. Allein wäre ihm das gegen die übermächtigen Kräfte, die die Reste der Roten Khmer stützen, nicht möglich. Die einzige indochinesische Kraft, die das von Sihanouks Neutralitätspolitik hinterlassene politische Vakuum in Kambodscha auffüllen kann, ist Vietnam. Und Vietnams Unterstützung für Kambodscha ist legitim; denn Vietnam repräsentiert die Völker Indochinas, nicht seine europäisierten „Eliten“.

Es ist seltsam, daß der Westen gerade Pol Pot, den Grausamen, anerkennt. Amerika scheint selbst zu sehen, daß die Roten Khmer nicht mehr repräsentabel sind. Am 20. Oktober 1980 veröffentlichte die Newsweek wieder ein Interview mit einem neuen bzw. einem alten kambodschanischen Politiker, das in Paris stattfand. Dieser Mann, Son Sann, 69 Jahre alt und unter Sihanouk Kabinettsminister, führt demnach seit einem Jahr fünf Gruppen an, die eine gemeinsame Front sowohl gegen Pol Pot (immer noch!) als auch gegen Heng Sam Rin bilden wollen, die „Khmer Serika“. Ist sie eine Neuauflage der alten rechtsgerichteten Khmer Serei? Von wo aus er plant und handelt (Paris?) und woher er die Mittel hat, geht aus dem Interview nicht hervor.

Am 16. Februar 1981 meldete der „Kölner Stadtanzeiger“ die Bereitschaft Prinz Sihanouks, auf der Seite Khieu Samphans in die „Regierung Kambodschas“ zurückzukehren. Das scheint ein Sieg für den Westen zu sein, denn Sihanouk, der Neutrale, und Khieu Samphan, der Gemäßigte, wollen gemeinsam gegen Heng Samrin Front machen.

IV. Schlußbemerkung

Aus der Bewußtseinsverengung Westeuropas und Amerikas, die nur in den innerabendländischen Ost-West-Kategorien denken können, kommt natürlich der drohende Hinweis auf den Osten und damit im Zusammenhang

auf die „Naivität“ und „politische Unerfahrenheit“ der Völker der Dritten Welt. Aber in dieser Einschätzung steckt viel Ignoranz. Angesichts der Tatsache, daß es in fast allen mit dem Westen kooperierenden „Entwicklungsländern“ Armut, Hunger und eine „wachsende Kluft zwischen Arm und Reich“ gibt, ist die

³⁹⁾ „Der Spiegel“ Nr. 17 vom 21. 4. 80.

Kritik an Vietnams nach „sowjetischem Modell“ funktionierendes Wirtschaftssystem etwas pharisäisch. Inwiefern war oder ist die abendländisch-östliche Domination wirtschaftlich und politisch schlimmer für die Völker der Dritten Welt als die abendländisch-westliche?

Auch der abendländische Osten leidet an Bewußtseinsverengung. Er vertritt genau wie der Westen Materialismus und Rationalismus, zwei Wertsysteme, die für die geo- und demographisch größere außerabendländische Welt mit Ausnahme ihrer „Elite“-Minoritäten, der europäischen Enklaven, nicht gelten. Für Marxisten ist der Mensch in erster Linie „Arbeitnehmer“ — ein Begriff, der sich kaum in außer-europäische Sprachen übersetzen läßt; genau wie der Westen denkt auch der Osten nur in Kategorien zentralisierter technisch-industrieller Weiterentwicklung und betrachtet religiöse oder human-ethische „Traditionalismen“ als „rückständig“. Für die Völker der Dritten Welt ist die Differenz zwischen dem Osten und dem Westen des Abendlandes nicht so groß wie die beiden Blöcke glauben.

Die asiatisch-soziale Entwicklungstendenz, die auch von den Roten Khmer vertreten wurde, ist zunächst und im Grunde auf technische Industrialisierung, sei es nach westlich-kapita-

listischem oder osteuropäisch-sozialistischem Vorbild, überhaupt nicht eingestellt. Die ehemals kolonialbeherrschten Länder sind aber noch immer gezwungen, sich nach der einen oder anderen Seite am herrschenden Weltwirtschaftssystem zu orientieren.

Als Nachhut des alten Europa hält das junge Amerika heute an seinen „Interessen“ in der Welt so krampfhaft fest wie ehemals England, Frankreich, Holland, Belgien. Und etwa Kambodscha kämpft nicht allein, aber an vorderster Front der asiatischen Entwicklungsländer um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Durchsetzung einer asiatisch-sozialen Entwicklung gegen die postkoloniale Fremddomination, d. h. gegen die Ausläufer der internationalen Strukturen, die in der Kolonialepoche geschaffen wurden.

Es ist auch für den Westen ein Kampf ums Überleben — aber nicht um das physische Überleben der westlichen Menschheit, sondern nur um das der augenblicklichen Industriestruktur.

Die Aufgabe der Revision bisheriger Gewohnheiten und die Anpassung an die realen Gegebenheiten unter Verzicht auf irrationale Wünsche nach Macht und Sonderprivilegien liegen beim Westen.

Singapur — ein Modell für die Dritte Welt?

Kapitalismus in der sozialistischen Republik

„Singapurs Wirtschaft prosperiert nicht auf der Grundlage eines sozialistischen Dogmatismus oder einer zentral gelenkten Wirtschaft, sondern auf der Grundlage eines freien Unternehmertums in Zusammenarbeit mit einer geordneten und vorhersehbaren Regierung. Wir haben ein Wettbewerbssystem gefördert, das die besten Leistungen aus jedem Arbeiter, Manager, Unternehmer und Professionellen herausholt, der in einer freien Marktwirtschaft beschäftigt ist. Verhielt sich der private Unternehmer zurückhaltend oder übervorsichtig, dann waren wir bereit, staatliche Initiativen zu ergreifen. Aber diese Unternehmen mußten sich im Wettbewerb der freien Marktwirtschaft bewähren.“

Mit diesen Worten umriß Singapurs Premierminister, Lee Kuan Yew, jüngst das wirtschaftspolitische Konzept der Inselrepublik, die nach Japan in Asien den höchsten Lebensstandard aufweist. Die sozialistische Republik fördert den Kapitalismus in allen seinen Erscheinungsformen, multinationale Investitionen eingeschlossen. Die Regierung ist selbst der größte Grundstückseigentümer und der bedeutendste Unternehmer der Inselrepublik; sie managt Werften, den Tourismus, Lotterien, Ölraffinerien, Hotels, Supermärkte, Zementfabriken wie auch die Kamera- und Computerherstellung.

Als Lee die Führung Singapurs übernahm, gab es auf der Insel kaum eine nennenswerte Industrie. Heute beherbergt das Industriegebiet Jurong, eine gepflegte Gartenstadt, allein mehr als 800 Unternehmen. Von den rund 2,5 Millionen Einwohnern — die Hälfte sind Kinder und Jugendliche — sind 1,018 Millionen in den Arbeitsprozeß eingereicht. Die Arbeitslosenquote betrug 1979 wenig über drei Prozent. Obwohl nahezu 42 Prozent der Frauen arbeiten, muß Singapur Gastarbeiter aus Malaysia und Indonesien importieren. Ihre Zahl wird auf 100 000 geschätzt. Singapurs Bruttosozial-

produkt — 1979 bei 19,450 Milliarden Singapur Dollar — wuchs in den zurückliegenden zehn Jahren um jährlich 14,3 Prozent. Das Handelsvolumen des Inselstaates hat 70 Milliarden Singapur Dollar überschritten. Mit knapp zehn Milliarden sind die USA der größte Handelspartner, gefolgt von Japan und schließlich der Europäischen Gemeinschaft mit 8,4 Milliarden. Mit 2,5 Milliarden Singapur Dollar ist die Bundesrepublik Deutschland Singapurs wichtigster Handelspartner in der EG. Die ausländischen Investitionen belaufen sich derzeit auf rund sechs Milliarden Singapur Dollar.

Diese Zahlen sprechen eine eindrucksvolle Sprache, bedenkt man, daß Premierminister Lee Kuan Yew noch 1965 Singapurs Überlebenschancen in Zweifel stellte. Singapur baute seinen Erfolg auf dem Auslandskapital auf — eine Strategie, die in den meisten Entwicklungsländern umstritten ist, läuft sie doch dem jungen Nationalismus dieser Staaten zuwider und beinhaltet sie doch die Gefahr, vom Fremdkapital beherrscht zu werden.

Für Singapur bedeutet diese Strategie die einzige Möglichkeit, sowohl Produktionsmittel als auch technisches Know-how zu erwerben. „Unsere Erfahrung mit den multinationalen Firmen hat unseren Arbeitern und leitenden Angestellten genutzt. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Multis hierherkommen, um Geld zu machen. Solange wir jedoch die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Richtlinien bestimmen, können wir sie für unseren eigenen Fortschritt benutzen“, erklärte der Arbeitsminister, Ong Pang Boon.

Singapur ist von einer exportorientierten Wirtschaft abhängig. Wollte sie diese in eigener Regie betreiben, wäre die Insel längst am internationalen Protektionismus gescheitert. Die Auslandsinvestoren sind Singapurs Schlüssel zu den internationalen Märkten.

Singapurs „zweite industrielle Revolution“

Jahrelang hat Singapur mehr oder weniger unkritisch Auslandsinvestitionen willkommen geheißen. Das Zoll- und Steuerparadies war darauf angewiesen, arbeitsintensive Industrien anzusiedeln, um die erforderlichen 30 000 neuen Arbeitsplätze pro Jahr zu beschaffen.

Diese wenig selektive Investitionspolitik hat inzwischen Singapurs Arbeitsmarkt erschöpft. Zwar böten sich die armen Vettern Singapurs in der ASEAN, der Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen, bereitwillig an, einen Teil ihres sozialen Problems — das Heer der Arbeitslosen — an die Inselrepublik auszuleihen, doch die Regierung betrachtet diese Möglichkeit als einen geteilten Segen. Zu viele Gastarbeiter — überwiegend ungelernete Kräfte — vergrößern das ohnehin angespannte Wohnungsproblem und stellen darüber hinaus in den Augen der Politiker einen politischen Risikofaktor dar. Gastarbeiter wollen in erster Linie Geld sparen und geben sich darum mit einem bescheideneren Lebensstandard zufrieden. Dies kann letztlich zu Frustrationen führen und die Anfälligkeit für politische Unterwanderung verstärken.

Langfristig bemüht sich die Regierung heute um eine Umstrukturierung der Wirtschaft, um eine „zweite industrielle Revolution“. Der Minister für Handel und Industrie, Goh Chok Tong, präzisiert: „Es ist unsere Strategie, die Unternehmer zu drängen, ihre Effizienz und Produktivität durch Automatisierung und Rationalisierung zu erhöhen. Wir drängen zukünftig auf hochqualifizierte Technologie, die Produkte von größerem Wert herstellt.“

Eine solche Kehrtwendung in der Investitionspolitik läßt sich auch in dem autoritär regierten Inselstaat nicht über Nacht verordnen. Die Regierung hat daher die Arbeitslöhne drastisch um 20 Prozent angehoben. Die Produktion arbeitsintensiver Niedrigpreis-Produkte ist nicht länger profitabel. Unproduktive Unternehmen werden eliminiert.

Materialismus als Gesellschaftsphilosophie

Die Gesellschaft Singapurs ist ausschließlich auf Leistung aufgebaut. „In Singapur hat das

Proletariat der Erfolglosen keine Chancen“, versicherte S. Rajaratnam ausländischen Investoren. Und der Minister für Wissenschaft und Technologie, E. W. Barker, betont: „Unsere Politik baut auf dem Prinzip der Leistung auf. Jedermann soll entsprechend seiner Fähigkeiten und seines Beitrags für die Gesellschaft entlohnt werden.“ Ein solches System allein, so meint der Minister, lasse „Qualitäten wie Beharrlichkeit, Mut, harte Arbeit ... entstehen, wie sie für die Erfolge der Menschheit bestimmend sind.“

Mit deutlicheren Worten kann man den Materialismus nicht zur Gesellschaftsphilosophie erheben. Was Wunder, wenn sich die Einkommensschere in der Inselrepublik weit geöffnet hat.

„Wir geben nicht vor, eine idyllische sozialistische Gesellschaft in Südostasien zu sein“, sagt Lee Kuan Yew. „Wir haben immer noch die größte Anzahl von Millionären pro zehntausend Einwohner in Südostasien. Wir sind jedoch eines der wenigen Länder in Asien, wo niemand Bettelt, wo niemand — weder jung noch alt — an Hunger und Vernachlässigung stirbt.“

Singapurs Führer halten nichts von der Gleichmacherei, die andernorts zum Dogma sozialistischer Ideologen gehört. Künstliche Gleichmacherei könne die Not der Massen nicht beseitigen. Jeder habe jedoch das Recht, gleiche Chancen zu beanspruchen. Diese ließen sich jedoch nur im gesunden Wettbewerb entwickeln. Dazu Lee Kuan Yew: „Wir treten für eine soziale Revolution ein, die letztendlich die wirtschaftliche Macht im Staate in die Hände des gesamten Volkes überträgt. Das muß jedoch nicht Verstaatlichung heißen. Wichtiger als der Besitz wirtschaftlicher Macht sind Steuerung, Planung und Kontrolle dieser Macht im Interesse des Volkes.“

Gewerkschaften ohne „britische Krankheit“

Als Singapur in die Selbständigkeit entlassen wurde, schwenkten die Gewerkschaften rote Fahnen und sangen kommunistische Kampflieder. Einer der letzten Aktivisten aus dieser Zeit, der Gewerkschafter Ho Piau, sitzt immer

noch im Changi Prison, verhaftet am 2. Februar 1963 unter einem Ausnahmegesetz gegen politische Widersacher.

Singapur entdeckte frühzeitig, daß das englische Gewerkschaftsmodell, das der Inselrepublik vererbt worden war, die ohnehin schwach fundierte Wirtschaft der jungen Nation im Klassenkampf aufreiben würde. Lee verweist darauf, daß Singapurs Geschichte einen anderen Verlauf genommen habe. „Das Bedürfnis, sich an den Bossen zu rächen, hat bei uns keine Gültigkeit. Wir haben alle arm angefangen, sogar die Bosse.“

Der National Trade Union Congress, NTUC, ist ein Ableger der People's Action Party (PAP), und Devan Nair, der allgewaltige Gewerkschaftsboß, ist ein Mitglied des Parlaments. In den 51 Mitgliedsgewerkschaften des NTUC sind 93 Prozent aller organisierter Arbeitnehmer erfaßt, 44 Prozent der Beschäftigten in der Inselrepublik. Singapurs Gewerkschaften sind mit einem jährlichen Umsatz von 32 Millionen Singapur Dollar aktiv am kapitalistischen Wettlauf beteiligt. Sie betreiben Supermärkte, Taxi-Gesellschaften, Versicherungen und Reisebüros. Insgesamt besitzen Singapurs Gewerkschaften — weitere 38 sind nicht Mitglied im NTUC — ein Vermögen von 28,1 Millionen Singapur Dollar.

Die Kritiker der PAP schreiben den relativen Arbeitsfrieden in der Inselrepublik der absolutistischen Macht der Partei zu. Immerhin: 1977 gab es einen größeren Streik und zehn spontane Arbeitsniederlegungen. Eine Verschärfung der Trade Union Act verbietet es den Gewerkschaften nunmehr, einen Arbeitskampf fortzusetzen, wenn der Arbeitsminister sich in die Verhandlungen eingeschaltet hat. Streiks von mehr als einer Woche sind damit unmöglich geworden. Die „englische Krankheit“, die die Wirtschaft in England durch ständige Streiks lähmt, ist in Singapur kuriert. Gesetze allein können jedoch den Arbeitsfrieden langfristig nicht sichern. Vieles hängt davon ab, ob die Führer der Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Arbeitgeberseite im National Wages Council zu ausgewogenen Entscheidungen kommen, die sowohl das wirtschaftliche Gesamtinteresse des Staates als auch die sozialen Bedürfnisse des Arbeitnehmers berücksichtigen. Die Arbeitneh-

mer Singapurs sind mit diesem System bisher nicht schlecht gefahren. Von 1972 bis 1977 stiegen die Löhne der unteren Einkommensgruppe um 85 Prozent und die der mittleren Einkommen um 62 Prozent. Setzt man den Lohnindex des Industriearbeiters in Singapur mit 100 an, dann verdient der deutsche Kollege 4,6mal soviel, der britische knapp dreimal soviel und der Arbeiter in Hongkong zehn Prozent weniger.

Wohlstand und Arbeitsmoral

Obwohl die Lohnabsprachen im National Wages Council so gut wie bindend sind, kann der Arbeitnehmer sich jedoch nicht auf sie wie auf ein Gesetz berufen. Seine Leistung wird an einem Produktivitätsindex gemessen. Liegt er unter der Norm, kann er mit dem Entzug sozialer Leistungen bestraft werden. Übertrifft er den Durchschnitt, steht ihm ein Bonus zu. Dieses System wird Singapur in den nächsten Jahren Kopfzerbrechen bereiten. Die „zweite industrielle Revolution“, die eine qualitativ höhere Technologie anstrebt, verlangt nach qualitativ leistungsfähigeren Arbeitskräften. Ein großer Teil der heute manuell arbeitenden Arbeitnehmer wird den dann erforderlichen Maßstäben nicht gerecht werden. Darum die Warnung des Generalsekretärs des NTUC, Lim Chee Ong: „Was sollte unsere Antwort sein? Sollten wir nicht unsere Freizeit sowie einen Teil unseres neuerworbenen Wohlstands dazu benutzen, in den Gewerkschaftsschulungszentren neue Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben?“

Lee Kuan Yew kritisierte jüngst mit harten Worten die seiner Ansicht nach unbefriedigende Arbeitsmoral der Singaporeaner. Manager nutzten den angespannten Arbeitskräftemarkt zum häufigen Stellenwechsel. Arbeiter drängelten nach Weißen-Kragen-Jobs, ohne Mehrleistungen zu erbringen. Er sagte: „Unter den entwickelten Nationen ist die Bundesrepublik Deutschland ein erfolgreiches industrialisiertes Modell, von dem man lernen kann. Sie ist eine Gesellschaft, die es nicht zugelassen hat, daß ihre Ethik dahinwelkt, obwohl es ihr gut geht.“

Während die Löhne jüngst um 20 Prozent kletterten, stieg die Produktivität lediglich um rund drei Prozent. Devan Nair, der Gewerk-

schafts-Boß, warnte davor, daß bei mangelnder Produktivität und steigenden Löhnen Singapurs Lebensnerv, nämlich der Auslandsinvestor, abgeschreckt werden könnte und sich benachbarten Billigländern wie Malaysia, Südkorea oder Taiwan zuwende. Verlöre Singapur seine internationalen Verbindungen, die ihm das Hinterland und die Rohstoffe ersetzen, wäre sein Überleben in Frage gestellt.

Die Schöpfung des Singaporeaners

Leistungsdruck und Materialismus als Gesellschaftsphilosophie — wen wundert es da, daß andere, mehr geistige und emotionale Werte zu kurz gekommen sind. Der Singaporeaner ist im allgemeinen egozentrisch, recht humorlos und unkultiviert. Die Gesellschaft, in der er lebt, ist in seinen Augen wenig mehr als ein Versorgungsbündnis, nicht jedoch eine Gemeinschaft von Mitmenschen, denen man sich verpflichtet fühlt.

An der Wiege des unabhängigen Singapur stand vor 21 Jahren der separatistische Kommunalismus (der sich selbst verwaltenden kleinen Stadt- und Dorfgemeinschaften) von Chinesen, Malaien und Indern. Lee schwor am Tag der Trennung von Malaysia: „Wir werden in Singapur eine Vielrassengesellschaft schaffen. Wir werden ein Beispiel geben. Dies ist weder eine malaiische, noch eine chinesische, noch eine indische Nation.“

Wenn Singapur heute auf eine geglückte Rassenintegration verweisen kann, so ist auch diese teilweise ein Verdienst der „Leistungs-Philosophie“, die nur den persönlichen Einsatz kennt, nicht aber von der Rassenzugehörigkeit abhängt. Hat doch Singapur das andere Beispiel vor der Haustür vor Augen. In Malaysia gärt der Kommunalismus und der latente Rassenkonflikt weiter, der sich an den politischen Privilegien der Malaien aufheizt. Gewiß, die Malaien in Singapur sind im breiten Durchschnitt hinter dem allgemeinen Lebensstandard der Republik zurückgeblieben. Der Islam, der für sie allumfassende Existenz-Philosophie ist, hat sich schwer getan, den Anschluß an die Moderne zu finden, die mit einer gewissen, westlichen Permissivität verbunden ist.

Singapurs größtes Problem war und ist teilweise immer noch die Bändigung des „chinesi-

Diese Politik des Überlebens wird im Ausland oft so interpretiert, daß der Arbeitnehmer in Singapur dazu mißbraucht werde, dem Auslandskapital ein profitables Investitionsparadies zu sichern. Allzu gerne wird übersehen, daß ohne die ausländischen Kapitalgeber in Singapur weder Milch noch Honig fließen könnten; der Stadtstaat wäre dann ein weiteres Armenhaus in der Dritten Welt.

sehen Chauvinismus“. Professor Wu Teh Yao, ein Wissenschaftler an der jetzt aufgelösten chinesischen Nanyang Universität, erläutert: „Der traditionelle Chinese kennt seine Familie, aber nicht den Staat. Er ist bereit, für seine Familie zu arbeiten, nicht jedoch, der Nation zu dienen.“ Vor allem die ältere Generation der Chinesen ist immer noch dieser Tradition verbunden. Und sie färbt noch weiter auf die Jugend ab. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird es sein, die enge Familienbindung auf das Staatswesen zu übertragen, ohne daß dabei die Familie als der Nukleus der gesellschaftlichen Stabilität und sozialen Sicherheit zerbricht.

Mag es im Lande auch gelegentlich noch Anzeichen eines rassistischen und kulturellen Kommunalismus geben, jenseits der Grenzen Singapurs bezeichnen sich die unterschiedlichsten Bürger der Republik selbstbewußt als Singaporeaner, wie eine Studie der Singapur Universität herausgefunden haben will. Sie sind stolz auf die Leistungen ihres Landes, die sich sichtbar von denen der Nachbarländern abheben. Lee Kuan Yew sagt von sich selbst: „Tief in mir bin ich ein Chinese. Ja, ein entwurzelter Chinese, der in einen Singaporeaner verwandelt wurde. Denn als ich China besuchte, entdeckte ich, daß ich kein Chinese mehr bin.“ Die Mehrheit der jungen Generation, die englischsprachig aufgewachsen ist, fühlt, daß sie nur noch statistisch Chinesen sind.

Westernisierung und Traditionskonflikt

Lee Kuan Yew hat jüngst dem „chinesischen Chauvinismus“ den Todesstoß versetzt. Er hat die chinesische Nanyang Universität aufgelöst und in die englischsprachige Singapur Univer-

sität integriert, die sich nun Neue Singapur Universität nennt. Lee weiß nur zu genau, daß die Frage der nationalen Identität über die Bildungspolitik gelöst werden muß. Ohne die kulturelle Bedeutung der individuellen Sprachen der verschiedenen Kommunen zu übersehen, in der diese letztlich ihre moralischen und ethischen Werte verankert haben, glaubt Lee, daß Englisch als die allgemeingültige Sprache einer modernen Erziehung langfristig alle ethnischen Schranken niederreißen wird. „Ich hoffe, daß alle Singaporeaner eines Tages im gleichen Augenblick lachen oder weinen werden.“

Indem Singapurs Bildungspolitik nunmehr westlichen Mustern folgt, werden westliche Philosophien und moralischer Liberalismus nicht draußen vor der Tür bleiben. Zwar glaubt Lee, daß eine gewisse, kontrollierte Westernisierung Singapurs Bemühen um Modernisierung beschleunigen kann; doch hat der Premier deutlich gemacht, was er nicht vom Westen nachzuahmen gewillt ist: „Wenn wir uns nicht ernsthaft bemühen, unserer jungen Generation übergeordnete Werte von Gruppendisziplin einzupflanzen, die das Wohl der Allgemeinheit über das Recht des einzelnen stellen, werden mehr und mehr junge Singaporeaner von europäischen und amerikanischen Ideen beeinflusst werden: daß die Rechte und Freiheiten des Individuums die vorrangigste Pflicht der Gesellschaft sind und daß es die Aufgabe der Regierung sei, diese individuellen Rechte gegen die Interessen des Kollektivs durchzusetzen.“ Der Singaporeaner soll mehrsprachig sein, westlich erzogen, aber nach Asien hin orientiert. Der Einfluß der Westernisierung soll sich auf Wissenschaft, Technologie und Fortschritt beschränken.

Vor allem aber strebt Lee Kuan Yew heute nach dem gebildeten Singaporeaner, der nicht nur effizient und produktiv ist, sondern auch kunstbessend und geisteswissenschaftlich interessiert. Die Neue Singapur Universität will die besten Dozenten „auf dem Weltmarkt einkaufen“. Ein Brain Trust für den „guten Singaporeaner“, der eine „gute Gesellschaft“ aufbaut.

Disziplin, Recht und Ordnung

Lee Kuan Yew steht als Symbol für Recht und Ordnung. Der Singaporeaner von heute, sein

ausgeprägter Individualismus, seine soziale Disziplinlosigkeit erschrecken ihn mehr als die Frage, wer dereinst sein politisches Erbe antreten mag. Und Disziplin ist es, was Lee der jungen Generation mit allen Mitteln einzuhämmern versucht.

Singapur hängte 1979 eine Frau, die Rauschgift handelte. Wer die Zeitschrift „Playboy“ liest, zahlt 130 Singapur Dollar Strafe. Für eine weggeworfene Zigarettenkippe werden 500 Dollar bezahlt. Wer in seinem Garten Unkraut wuchern läßt oder in einer unbeobachteten Pflanze Moskitos züchtet, wird vor den Kadi gezerrt.

In Singapurs Gefängnissen sitzen derzeit etwa 4 200 Häftlinge — prozentual 25mal mehr als in England. Seit 1949 wurden 102 Männer und Frauen zum Schafott geführt. 1978 warteten in der Todeszelle von Changi Prison 20 Kandidaten auf den Strang. Ein Angeklagter kann sein Recht bis hinauf zum Privy Council suchen, dem obersten Gerichtshof des britischen Commonwealth. Darüber hinaus kennt die Justiz der Inselrepublik kein Pardon. Gerechtigkeit wird nach dem Buchstaben des Gesetzes geübt.

In Singapur werden Kriminelle mit der Stokade geprügelt, bis bleibende Narben auf dem Gesäß entstehen. Eine Zeitungskolumnistin schrieb: „Persönlich finde ich es abstoßend, daß ein entwickeltes und weitgehend liberales Land wie Singapur noch derart erniedrigende Formen der Bestrafung gebraucht. Aber ich bin ebenso bereit zu akzeptieren, daß unterschiedliche Gesellschaften unterschiedliche Abschreckungsmittel benötigen.“

Als Lee Kuan Yew an die Regierung kam, waren 60 Prozent aller Singaporeaner Mitglieder oder Abhängige einer Secret Society. Die ‚Tongs‘ — wie die Geheimbünde genannt werden — beherrschten das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben. Ein Ausnahmegesetz ermöglicht die Inhaftierung von Geheimbündlern ohne Gerichtsverfahren. Denn — so argumentiert die Regierung — niemand wäre bereit gegen eine mächtige Secret Society auszusagen. Mehr als 21 500 Mitglieder solcher Unterweltorganisationen haben bisher eine Um-erziehungshaft abgesessen.

Kritiker werden nicht müde, vom Polizeistaat Singapur zu reden. Lee beruft sich dagegen le-

diglich auf vorzuweisende Erfolge. Die Kriminalität ist in Singapur rückläufig; 1975 zählte die Gefängnispopulation noch 7 821 Häftlinge, heute sind es weniger als 4 200. Singapur ist sauber, grün und das einzige Land in Asien, wo Menschen an Bushaltestellen und Schaltern geduldig anstehen. Mens sana in corpore sano — ein gesunder Geist in einem gesunden Körper, sowohl den Menschen als den Staat betreffend.

Die Presse an kurzer Leine

Lee Kuan Yew wurde einmal gefragt, ob er nicht erbittert darüber sei, daß die Erfolgsgeschichte Singapurs im Westen — vor allem in den Medien — keinen Widerhall findet. Er meinte, daß er schon lange seiner Position beraubt wäre, wenn die Bürger Singapurs — „die im Lande leben und selbst sehen können“ — der Auslandspresse Glauben schenken.

Dem interessierten Leser in Singapur sind ausländische Zeitungen, politische Magazine und politische Bücher zugänglich. Von 500 000 englischsprachigen Publikationen, die im Zeitraum von drei Monaten nach Singapur impor-

tiert werden, finden durchschnittlich 6 000 nicht die Billigung des Zensors. Die meisten von ihnen fallen unter die Kategorie der Pornografie.

Die lokale Presse muß jährlich ihre Lizenz erneuern lassen. Publikationen, die der westlichen Regenbogenpresse nacheifern, können dabei auf der Strecke bleiben. Singapurs Journalisten fügen sich einem strengen professionellen Kodex, zu dem auch gehört, daß die Kritik an der Regierung beweisbar sein muß. Will man Lee Kuan Yews Konzept von der Rolle der Medien gestraft wiedergeben, kann man eine Anleihe bei Mao Tse-tung machen: „Die Rolle und die Macht der Presse bestehen darin, das Programm der Partei, die Parteilinie, die allgemeine und die spezifische Politik der Partei, ihre Zielsetzung und Arbeitsmethoden schnellstens und ausführlich in die Massen zu tragen.“

Die in Singapur erscheinende englischsprachige Straits Times schrieb einmal: „Der Sozialismus der PAP ist nicht streng dogmatisch und ihre Demokratie nicht sehr demokratisch. Wir müssen uns damit abfinden, daß dies so ist.“

Der Kommunismus — Bedrohung oder Papiertiger?

Im November 1979 wurden zwei politische Gefangene, Dr. Lim Hock Siew und der Journalist Said Zahari, nach 15jähriger Haft unter der Internal Security Act in die Freiheit entlassen. Sie waren mit mehr als hundert weiteren Politikern der Barisan Sosialis und der Communist United Front am 2. Februar 1963 verhaftet worden. Singapur befand sich zu dieser Zeit in der Übergangsphase zur Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich in einem Referendum für den Anschluß an Malaysia ausgesprochen.

Die Prokommunisten, mit denen Lee Kuan Yew seit Mitte der fünfziger Jahre paktiert hatte, widersetzten sich diesem Anschluß. Sie verließen die PAP und formten die Communist United Front, die den Volkswillen in blutigen Straßenkämpfen zu revidieren versuchte. Lee mobilisierte den Internal Security Council, in dem die Briten nach wie vor vertreten waren, und ließ seine Gegner in der „Opera-

tion Coldstorage“ aus dem Verkehr ziehen. Lee berief sich auf die Internal Security Act, die aus der Zeit stammte, als die kommunistische Partei Malaysia (zwischen 1948 und 1960) den Aufstand probte. Nach diesem Gesetz kann auf eine Gerichtsverhandlung verzichtet werden.

Am 18. März 1977 schrieb die in London erscheinende Times: „Was soll man von einer Regierung halten, die vorgibt, die kommunistische Bedrohung abzuwehren und sich dabei exakt solcher Methoden bedient, wie sie in kommunistischen Ländern üblich sind?“

Wenn die westliche Presse über die Vergewaltigung von Menschenrechten in Singapur schreibt, fallen Namen wie die bereits oben genannten oder der des Korrespondenten der Financial Times und des Economist, Arun Senkuttuvan, oder der des Korrespondenten der Far Eastern Economic Review, Ho Kwan Ping — beides Singaporeaner —, die wegen pro-

kommunistischer Berichterstattung vorübergehend inhaftiert worden waren. Lee gibt den politischen Häftlingen die Möglichkeit, sich öffentlich von ihrer staatsgefährdenden Aktivität zu distanzieren, wonach sie unmittelbar freigelassen werden. Arun und Ho hatten ein Geständnis abgelegt. Lee und seine Senior-Minister — die alte Garde — sind unbeugsame Antikommunisten. Es waren die Kommunisten, die Singapurs friedvolle Überleitung in die Unabhängigkeit beinahe in Frage gestellt hätten. Zwölf Jahre lang kämpfte Singapur gegen den kommunistischen Untergrund, der die Macht an sich zu reißen versuchte. Immer noch halten sich 3 000 kommunistische Guerillas der Communist Party of Malaya (CPM) in den Dschungeln verborgen. Es war der prokommunistische Flügel des indonesischen Sukarno-Regimes, der 1964 und 1965 die Konfrontation auslöste, Singapur und Malaysia militärisch attackierte, um die Malaysische Föderation zu behindern. Und schließlich ist Singapur unmittelbarer Nachbar eines Indochina unter Hanoi Einfluß, das dem vietnamesischen Hegemonismus in der Region Südostasien noch lange nicht abgeschworen zu haben scheint.

Als Lee Kuan Yew einmal gefragt wurde, ob er sich eine legale kommunistische Partei als politische Alternative vorstellen könnte, bejahte er dies. Voraussetzung sei jedoch, die Kommunisten könnten glaubhaft versichern, keine politische Gewalt anwenden zu wollen, und garantieren würden, daß es auch nach einem eventuellen Wahlsieg der Kommunisten noch freie Wahlen geben werde.

Die Antwort kam prompt von der Voice of Malayan Revolution, dem Propagandasender der CPM, der von Südchina aus operiert. Am 10. Mai 1976, in einer Botschaft zum 46. Jahrestag der Parteigründung, erklärte der Sender, daß die revolutionären Truppen der CPM mit dem Versuch fortfahren würden, die Macht in Malaysia und Singapur mit Gewalt an sich zu reißen.

Der Sozialist Lee und die neue Linke

Ebenfalls 1976 beschuldigte die Dutch Labour Party Lees PAP vor der Sozialistischen Inter-

nationale — der Singapur seit 1966 angehörte —, bewußt und systematisch gegen die Charta der Menschenrechte zu verstoßen. Lee konterte mit der Frage, warum die Sozialistische Internationale die PAP zehn Jahre früher zugelassen habe, wo doch schon die gleichen Gesetze in Kraft gewesen seien, die jetzt zum Stein des Anstoßes genommen würden. Lee Kuan Yews PAP war von der politischen Entwicklung der sozialistischen Parteien in Europa, die zu einer praktischen und ideologischen Koexistenz mit dem Kommunismus gefunden haben, unberührt geblieben. Die sogenannte „Neue Linke“ Europas, die nunmehr in der Sozialistischen Internationale tonangebend war, betrachtet den Euro-Kommunismus als einen möglichen politischen Partner. Sie beging damit den gleichen Fehler, der auch vielen westlichen Journalisten anzulasten ist, indem sie glaubte, die europäischen Verhältnisse auf Singapur übertragen zu können — oder aus Gründen des dogmatischen Prinzips übertragen zu müssen. Lee warnte davor, die Grenzen zwischen Kommunismus und Sozialismus zu verwischen. Für Staaten wie Malaysia, Thailand oder Singapur sei der Kommunismus „ein ernstes Geschäft mit Gewehren, Subversion und Terrorismus“. Lee, der sich selbst einen „altmodischen Sozialisten“ nennt, erklärte den Austritt der PAP aus der Sozialistischen Internationale.

Demokratie „The Singaporean Way“

Kein Zweifel, Lee Kuan Yews PAP ist autoritär. Das heißt jedoch nicht, daß der Wähler in der Inselrepublik sich nicht für eine politische Alternative zur PAP entscheiden könnte. Ein knappes Dutzend Oppositionsparteien kann sich ungehindert zur Wahl stellen. 1976 errangen sie zusammen 25,3 Prozent der Wählerstimmen. Mit 72,4 Prozent entschieden sich Singapurs Bürger jedoch für Lee Kuan Yew und die PAP, die seither alle 69 Sitze im Parlament kontrolliert. Der Premier begründet das totale Versagen der Opposition mit deren politischem Programm, das zu viele Anleihen aus der kommunistischen Vergangenheit gemacht habe. Von nennenswertem Einfluß ist ohnehin nur die United Peoples Front, die die Singapureaner jedoch allzu sehr an die Communist

United Front erinnert, die für den blutigen Terror am Anfang der sechziger Jahre verantwortlich zeichnete. Am aktivsten gebärdet sich die Worker's Party des Rechtsanwalts J. B. Jeyaretnam, den Lee im vergangenen Jahr wegen Verleumdung vor den Richter schleppte. Selbst kritische Beobachter der PAP-Herrschaft sind der Meinung, daß die Opposition solange unglaublich bleibe, wie sie den Wahlkampf auf der Basis einer blindwütigen persönlichen Diffamierungskampagne gegen Lee Kuan Yew betreibt.

Als Stadtstaat kann Singapur seine Demokratie nicht auf der Kommunalpolitik als der Basis der demokratischen Kräftepyramide errichten. Die Aufgabe der Basis kommt in Singapur den Citizen Consultive Committees zu. Dies sind außerparteiliche Bürgerforen, die in allen Wahlbezirken gebildet wurden. Die Mitglieder dieser Bürgerkomitees sind keinesfalls alle Mitglieder der PAP. Aufgabe dieser Komitees ist es einmal, die Regierungspolitik für die Basis transparent zu machen und zum anderen Anregungen oder Unzufriedenheiten der Basis über den jeweiligen Abgeordneten an die Regierung heranzutragen. Auf diesem Weg, so sieht es Lee, kann die PAP sicherstellen, daß „jede politische Entscheidung, der sich der Wähler widersetzt, die er diskutiert, die zu Ängsten und Unbehagen führt, ins Parlament gebracht und diskutiert wird“.

Singapurs Rolle in der Region

Singapur hat sich 1967 mit Thailand, Malaysia, Indonesien und den Philippinen zur ASEAN, der Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen, zusammengeschlossen. Diese regionale Bündnisgemeinschaft — wenn auch in erster Linie eine wirtschaftliche — ist für die Zukunft Singapurs von vitaler Bedeutung. Lee Kuan Yew war die treibende Kraft in der ASEAN, den Anschluß an Europa zu suchen. Im März 1980 wurde der Kooperationsvertrag zwischen ASEAN und den Europäischen Gemeinschaften besiegelt. Singapur besteht darauf, daß Südostasien sich im westlichen Lager auch sicherheitspolitisch absichern müsse.

Aber auch Singapurs Nachbarn sind sich ihrer Abhängigkeit von der Zwergrepublik durch-

aus bewußt. Die Insel ist die wirtschaftliche Drehscheibe der Region. Sie ist das Kernstück des Inner-ASEAN-Handels, das Tor der Fünfergemeinschaft zu den Weltmärkten. Singapur ist wirtschaftlich und technologisch seinen Nachbarn weit voraus. Es versteht sich als die „Service Station“ Europas für Asien. Immerhin beträgt Singapurs Inner-Asien-Handel inzwischen mehr als 45 Milliarden Singapur Dollar. Die Nachbarn — vor allem Malaysia und Indonesien — sind zwar über Singapurs wirtschaftliche Vormachtstellung nicht neidlos glücklich, geben jedoch uneingeschränkt zu, daß sie von Singapur in dem Maße profitieren, wie dessen Wirtschaft prosperiert. Singapurs „zweite industrielle Revolution“ wird zukünftig solche Industrien, die die Inselrepublik für zu teuer halten, in die Partnerstaaten der ASEAN umleiten, die noch mehrere Jahre brauchen, bis sie hochqualifizierte Technologien beherrschen.

Wer und was kommt nach Lee Kuan Yew?

„Niemand kann einen Nachfolger ernennen und niemand kann bis zu seinem Tod an der Spitze bleiben. Nachwuchs muß nachwachsen“ konstatiert Sinnathamby Rajaratnam, bis vor einem Jahr Singapurs Außenminister und jetzt zweiter stellvertretender Premierminister. Eine Machtübergabe im „Stil Maos“ schließt der heute 65jährige Mitbegründer der PAP aus. Die Männer der ersten Stunde, die Singapur in den fünfziger Jahren in die Unabhängigkeit und bis zum heutigen Tage geführt haben, wollen ihr politisches Erbe dennoch nicht dem Zufall überlassen. Lee Kuan Yew meint: „Ich bin mir nicht sicher, welches die schwierigere Aufgabe ist: die People's Action Party zu gründen und dorthin zu gelangen, wo wir heute stehen, oder eine Nachfolge von fähigen und verantwortungsbewußten jungen Leuten zu sichern, die auf dem Erreichten aufbauen können.“

Lee Kuan Yew, heute 58 Jahre alt und auf der Höhe seiner Schaffenskraft, hat bereits seit Jahren junge Leute in die Politik berufen, damit diese sich an der politischen Realität orientieren können. Lee sieht den Zeitpunkt seines Rücktritts irgendwann in den achtziger Jahren kommen. Seit jeher rekrutiert er den

Führungsnachwuchs für die Verwaltung aus der akademischen Elite der Singapur University und den höheren berufsbezogenen Ausbildungsstätten, die insgesamt jährlich rund 15 000 Professionals ausstoßen.

Lee befürchtet jedoch, daß die alma mater der Singapurer Intelligenz nicht genügend Talente produziert. „Seit einigen Jahren beobachten wir ein Sterben der Talente. Da ist allerhöchstens ein fähiger Kopf unter Tausend.“ Bei einer derzeitigen Geburtenrate von jährlich 40 000 sieht Lee in der von ihm anvisierten Altersgruppe zwischen 35 und 45 kaum 40 ideale und rund 400 potentielle Kandidaten für den Führungsnachwuchs heranwachsen, den sich die Politik zudem mit dem privaten Sektor der Wirtschaft teilen muß. Aus der freien Wirt-

schaft will Lee den politischen Nachwuchs keinesfalls nehmen. „Wenn wir deren Krämerseelen-Mentalität in die Politik einbringen, ist Singapur ruiniert.“ Der Premier sucht die Staatsmänner der Zukunft in der intellektuell hochkalibrigen Verwaltung.

Was die Nachfolge der alten Garde keineswegs erleichtert, ist die zunehmende Entpolitisierung der Jugend. Der akademische Nachwuchs wird durch strenge Disziplinarregeln von politischen Aktivitäten ferngehalten. Darüber hinaus schränkt die Alleinherrschaft der PAP, der die Opposition kaum eine Alternative entgegensetzen hat, ein lebhaftes und kontroverses politisches Klima ein, das die politische Bewußtseinsbildung der Jugend fördern könnte.

Die zweite Führungsgeneration

Anläßlich der Nachwahlen zum Parlament im Februar 1979 hatte Lee zum erstenmal die fähigsten seines lange gehegten politischen Nachwuchses an die Bewährungsfront geschickt. Lee hatte den dritten Mann in der Parteihierarchie, den 38 Jahre alten Wirtschaftswissenschaftler Goh Chok Tong, mit der Wahlkampfführung um sechs vakante Parlamentssitze beauftragt. Obwohl die Opposition in allen Wahlkreisen Gegenkandidaten aufstellte, erzielte Goh für die PAP 71,06 Prozent und blieb damit nur geringfügig hinter dem Spitzenergebnis der Partei von 1976 (72,4 Prozent) zurück.

Goh war erst 1976 in die Politik übergewechselt, nachdem er Singapurs nationale Schifffahrtsgesellschaft trotz einer internationalen Krise in der Schifffahrt aus den roten Zahlen herausmanövriert hatte. In kurzer Zeit avancierte Goh zum Senior-Staatsminister für Finanzen und danach zum Minister für Handel und Industrie. In Goh Chok Tong sehen die Auguren den Kronprinzen von Lee Kuan Yew.

Ein weiterer Neuling im Kabinett ist der 41jährige Suppiah Dhanabalan, der S. Rajaratnam als Außenminister abgelöst hat. In das Er-

ziehungsmministerium rückte Dr. Tony Tan nach. In das Verteidigungsministerium zog Berhard Chen ein. Devan Nair, der Boß des NTUC, fand seinen politischen Erben in dem amtierenden Generalsekretär Lim Chee Onn. Goh, Dhanabalan, Chen und Lim werden als die „Viererbande der Zukunft“ apostrophiert. In ihr glaubt die alte Garde das Team der Zukunft gefunden zu haben, das dereinst Lee Kuan Yew, Sinnathamby Rajaratnam, den Arbeitsminister Ong Pang Boon, den Gesundheitsminister Toh Chin Chye und den stellvertretenden Premier, Goh Keng Swee, ablösen wird.

Neben diesem Spitzenteam ist eine ganze Reihe weiterer junger Leute von den Hinterbänken der Partei ins vordere Glied gerückt. Für sie ist die alte Garde zwar nicht ab-, sondern nur zur Seite getreten. Gemeinsam ist ihnen, daß sie ihre akademische Ausbildung sowohl in Singapur als auch im Westen erhalten haben. Zwar stehen sie festgefügt hinter den traditionellen Prämissen der alten Garde, bringen jedoch gleichzeitig ein kritischeres Element in die Politik Singapurs ein. Lee Kuan Yew hält es nicht länger für erforderlich, daß die politische Führung der Partei mit einer

einzigsten Stimme — das Echo seiner eigenen — spricht. Solange die Grundsätze der PAP-Strategie unangetastet bleiben, sind Kritik, Reformen und innerparteiliche Opposition erlaubt.

Liberalismus durch Bildung

Die neue Führungsgeneration ist aufgrund ihres Bildungsganges zwangsläufig stärker westlich exponiert als ihre politischen Väter. Sie hat westliche Ideologien und westliche Ideale aufgesogen. Zwar ist sie nach der strengen Schulung durch die alte Garde hart genug, um nicht in übertriebenem Liberalismus zu schwelgen, doch neigt sie weniger zum hierarchischen Feudalismus wie die alte Garde.

In der gleichen Richtung wird die Neuordnung des Bildungswesens nach westlichen Mustern die Jugend Singapurs beeinflussen. Westliches gesellschaftspolitisches Gedankengut wird verstärkt in den Lehrstoff aufgenommen und Singapurs Jugend mehr als bisher allgemeinpolitisch motivieren. Der gebildete Singaporeaner von morgen soll nach der Vorstellung Lees nicht nur ein nützlicher Fachidiot sein, sondern ein Wesen, das die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge der Republik versteht und mitgestaltet.

Dem Liberalismus im Bildungswesen folgt ein linderes Lüftchen auf dem Meinungsmarkt. Jüngst meinte ein leitender Redakteur einer führenden Tageszeitung: „Die uns einst so gewohnten täglichen Anrufe aus den Ministerien, die uns beschimpften sowohl für das, was wir schrieben, als auch für das, was wir ausgelassen hatten, bleiben seit einiger Zeit aus. Die junge und gebildete Generation von Singaporeanern gibt sich nicht länger damit zufrieden, zu lesen, was andere für gut befunden haben. Ebensowenig nehmen sie heute die politische Meinung der Führung als das absolute Credo hin.“

Politische Beobachter in Singapur glauben insgesamt Anzeichen für eine Liberalisierung zu sehen. So hat die Justiz in den vergangenen drei Jahren 27 von 61 politischen Häftlingen entlassen, ohne daß die meisten von ihnen ein öffentliches Loyalitäts-Bekennnis ablegen

mußten. Wird die politische Führung Singapurs in ihrem Alter „weich“? Dazu meint ein Dozent für politische Wissenschaften an der Neuen Singapur Universität: „Singapur kann sich heute Liberalismus, mehr Menschenrechte und mehr populäre Demokratie leisten. Die Führung der PAP ist sich ihrer und der Position Singapurs heute sicher.“ Und Lee Kuan Yew selbst gibt sich zuversichtlich: „Da bleibt gewissermaßen nicht viel zu tun übrig. Da gibt es nun einmal keine schwerwiegenden innenpolitischen Probleme, zumindest keine solchen, die die zweite Führungsgeneration nicht lösen könnte.“

Lee Kuan Yew und das Prinzip „Li“

Beobachter der asiatischen Szene fragen sich oft, warum Singapurs Nachbarn nicht zu erreichen vermochten, was Lee Kuan Yew in der Inselrepublik leistete. Sie geben sich allzu leicht mit der Erklärung zufrieden, daß Singapur als Stadtstaat überschaubarer sei als die übrigen Länder der Region. Gewiß, diese Überschaubarkeit hat der PAP die Kontrolle über die von ihr zu verantwortende Politik erleichtert. Doch mit Kontrolle allein ist der Erfolg Singapurs nicht zu erklären. Er ist viel mehr in Singapurs Lebenslinie zur Vergangenheit begründet, ist in der Ebene des Gelben Flusses, 4 000 Jahre in der Geschichte zurück, zu suchen.

Bereits damals forschten chinesische Denker nach dem politischen Weg der Goldenen Mitte, nach einem System, das in der menschlichen Gesellschaft das Gleichgewicht der Natur widerspiegelt, die Balance zwischen Yin — dem Guten, Lichten und Schöpferischen — und Yang — dem Bösen, dem Dunklen und dem Zerstörenden. Der Taoismus wurde geboren.

Später schrieb der chinesische Philosoph Konfuzius, der Begründer der chinesischen Staatsreligion: „Wenn ein Herrscher das Rechte tut, wird er über sein Volk herrschen, ohne befehlen zu müssen. Wenn ein Herrscher selbst Unrecht tut, werden seine Befehle ohne Wirkung sein.“ Konfuzius stellte das Prinzip „Li“ auf, das Prinzip des guten Benehmens und der gesellschaftlichen Ordnung, das das Zusammenspiel von Obrigkeit und Volk regelt.

Das Prinzip „Li“ war das übergeordnete Gesetz für den Herrscher und die Beamten, auf die er Macht delegierte. Danach hatte der Herrscher vor allem gutherzig zu sein, gebildet und selbstdiszipliniert. Er war verpflichtet, eine Politik zu verfolgen, die die Grundlagen für den Wohlstand des Gemeinwesens schuf. Wurde der Herrscher diesen Anforderungen gerecht, durfte er vom Volk absolute Loyalität verlangen.

Mencius, ein Schüler Konfuzius, klagte später darüber, daß Potentaten dazu neigten, durch die ihnen anvertraute absolute Macht korrumpiert zu werden, daß sie dem persönlichen Ruhm Priorität über das Wohlergehen der Massen einräumten. Ein solcher Herrscher wird dem Prinzip „Li“ untreu. Mencius erklärte darum, daß in einem solchen Fall die Revolution nicht nur angezeigt, sondern unumgänglich sei.

Sucht man in Asien nach Führern, die sich auf die konfuzianische Tradition berufen, so treten Japan, Korea, Taiwan, China und Singapur hervor. Die Regierungen dieser Länder haben die konfuzianische Tradition als genuines asiatisches Gesellschaftsmodell gewählt, weil sie glauben, in ihm der asiatischen Identität am nächsten zu kommen. Die westliche Demokratie, die ihnen von den westlichen Kolonialherren hinterlassen worden war, fand in den breiten Massen keine Resonanz. Der einzelne sah sich nur sich selbst, der Familie und dem Klan verpflichtet. Nach seinem konfuzianischen Selbstverständnis war die Staatsführung ausschließlich Aufgabe des Herrschers.

Was weite Kreise im Westen heute immer noch nicht als Tatsache respektieren wollen: die auf der konfuzianischen Tradition fußenden Nationen Asiens waren für eine Demokratie nach westlichem Muster noch nicht reif. Wo es den Kolonialmächten gelang, eine Verfassung nach westlichem Vorbild zu hinterlassen, wurde das Mitbestimmungsrecht des Volkes, wurde das Recht des einzelnen früher oder später eingeschränkt.

Lee Kuan Yew mußte nach einschlägigen Erfahrungen in den Gründerjahren der Republik Singapur damit rechnen, daß die westliche demokratische Praxis von den egozentrischen Interessen des Individuums als ein „frei für

alle“ mißbraucht und allein dem persönlichen Gewinn nutzbar gemacht werden könnte.

Singapur — ein konfuzianisches Modell

Lee Kuan Yew hatte ein Staatswesen zu führen, dessen Einwohner noch überwiegend aus China eingewandert waren. Ihr Weltbild kannte lediglich die Machtpyramide Herrscher-Vater-Sohn. Für die Chinesen Singapurs, die China aus eigennützigen Motiven verlassen und letztlich die Rückkehr nach China ins Auge gefaßt hatten, war der Staat nicht existent. Lee Kuan Yew, Taoist und in der konfuzianischen Tradition erzogen, berief sich beim Aufbau der jungen Nation auf die Werte und Machtstrukturen, die ihm und der Mehrheit des Volkes zu eigen waren. Darein konnte sich, wollte die Gesellschaft funktionieren, die westliche Demokratie nicht unmodifiziert einpassen. In der jungen Nation, die noch der nationalen Identität entbehrte, hatten Minderheitsrechte — die Menschenrechte nach dem Buchstaben der UN-Charta — eine untergeordnete Rolle zu spielen. Das Allgemeinwohl genoß absolute Priorität.

Lees PAP hat sich die politische Macht nicht gesichert, weil sie ruchlos absolutistisch regierte, sondern weil sie — getreu dem Prinzip „Li“ folgend — stets eine Politik der Goldenen Mitte betrieben hat, eine Politik, in der der einzelne mit dem Allgemeinwohl prosperierte. Lee hat dem Individuum die Chancengleichheit eröffnet, die dieses jedoch wahrnehmen muß. Sie wird ihm jedoch nicht — wie in westlichen Demokratien — per Gesetz zugesichert.

Die Opposition in Singapur kann dem politischen Mittelkurs der PAP nur die extremistischen Flanken entgegensetzen, will sie sich von der Regierung abheben. Eine derart limitierte Alternative kann nur jenen frustrierten Bodensatz einer Gesellschaft anlocken, der glaubt, daß der Staat den Mangel an Eigeninitiative auch noch honorieren müsse.

Lee Kuan Yew mußte zunächst eine homogene Identität schaffen, er mußte den Singapureaner disziplinieren. Erst heute kann die PAP zum nächsten Schritt im Aufbau der Nation ansetzen. Lee ist sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß keine Nation im Zeitalter der globalen Interdependenz ausschließlich im eige-

nen Kulturkreis schweben kann. Die Völkergemeinschaft muß zu allgemeingültigen Normen des nationalen und zwischenmenschlichen Zusammenlebens finden. Dazu bedarf es eines wechselseitigen Anpassungsprozesses zwischen Ost und West, zwischen Konfuzius und Christus. Indem Lee Singapurs Bildungspolitik reformierte, hat er diesen Anpassungsprozeß eingeleitet. Den Vollzug muß er der zweiten Führungsgeneration überlassen.

Diese zweite Führungsgeneration, ein Produkt beider Welten, ist zum einen der Garant dafür, daß Prinzipien der Staatsführung — wie sie von der alten Garde festgelegt wurden — gewahrt bleiben. Sie ist jedoch westlichen Wer-

ten so stark ausgesetzt gewesen, daß das absolutistische konfuzianische Prinzip für sie in Frage gestellt ist. Sie wird mehr als die alte Garde eine Teamarbeit anstreben, an der das Volk teilhaben wird. Die zweite Führungsgeneration kann sich auf stabile Fundamente stützen. Sie kann sich liberalere Züge leisten. „Singapur ist nicht mehr allzu weit von einem demokratischen System entfernt, das zwar nicht dem der Bundesrepublik Deutschland, dem der USA oder dem Englands gleichen wird, in dem es jedoch einen gesicherten Platz für international respektierte humanitäre Prinzipien und elementare Menschenrechte gibt“, prophezeit ein westlicher Sozialwissenschaftler an der Neuen Singapur Universität.

Ausblick

Was das Werden Singapurs vom Werden der benachbarten Staaten in der Region unterscheidet, ist die konsequente Politik der People's Action Party, die in ihren groben Umrissen und weit vorausschauend bereits am Tage der Parteigründung festgelegt wurde. In den Nachbarländern wird dagegen nur allzu deutlich, daß die politische Führung mehr oder weniger kurzfristig zwischen Legislaturperioden operiert und ansonsten ihre Politik an aktuellen Symptomen orientiert. Wo der Demokratisierungsprozeß in der Region nur zögernd oder gar nicht stattfindet, haben die Herrschenden es versäumt, dem Volk ein klares Konzept zu unterbreiten, das aus der individualistischen oder gruppenspezifischen Denkweise der vorkolonialen Vergangenheit heraus in die Neuzeit einer nationalen Identität führt. Vergessen wir doch nicht, daß die meisten Nationen der Region vor ihrer Kolonialisierung nicht in den heutigen Grenzen bestanden. Indem die Regierenden der neu abgegrenzten staatlichen Einheiten es nicht vermochten, ein weitreichendes Konzept zu entwickeln, das den rivalisierenden Gruppen Vertrauen einflößte, in dem sie ihre Rechte und Interessen überzeugend gewahrt sahen, wird das von ihnen verwaltete System weiterhin vom Gruppenegoismus erschüttert. Die einzige Antwort, die diesen Regierenden ein-

fällt, um gegen diesen Gruppenegoismus den Bestand der Nation zu sichern, ist autoritäre Härte, in der sich keine Milde absehen läßt. Die Regierenden klammern an einer Macht, die sie im Interesse einer Nation ausüben zu müssen glauben, für die sich sonst kaum jemand im Volk verantwortlich fühlt. Die daraus resultierende ständige Gegenwart der Revolution behindert die nationale Gesamtentwicklung. Diese Nationen sind nicht in der Lage, etwas aus ihrer neuerworbenen Unabhängigkeit zu machen. Dies gilt nicht nur für solche Staaten, die sich philosophisch auf die konfuzianische Tradition berufen können, sondern auch für die Völker des malaisischen Archipels. Begründet sich doch auch hier die Hierarchie auf einem vergleichbaren System, nämlich dem des benevolenten Autokraten. Wo westlich beeinflusste junge Intellektuelle gegen den überkommenen hierarchischen Feudalismus der Staatsgründer rebellieren, jedoch nicht zur politischen Mitverantwortung zugelassen werden, flüchten sie sich in den Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung. Sie fallen der Illusion zum Opfer, daß sich Gerechtigkeit durch staatlich verordnete Gleichmacherei erreichen lasse, ohne Rücksicht darauf, daß das Wohl eines Staatswesens in erster Linie auch davon abhängt, daß das Volk gleich empfindet.

Singapur ist — so meine ich — ein Modell, das zwar nicht in allen Einzelheiten kopierbar übertragen werden kann, das jedoch ein Beispiel gibt, wie eine moderne Nation aus einer verharschten Vergangenheit entstehen kann.

Singapur ist modellhaft für eine junge Nation, die eine relative Harmonie zwischen staatlichen Belangen, dem Volk als Gesamtheit und den Erwartungen des einzelnen geschaffen hat.

Die Japaner denken und handeln anders

Japans wirtschaftliche Erfolge sind erstaunlich. Schlagworte wie „Die japanische Herausforderung“ und „Angst vor japanischen Exporten“ sind in aller Munde. Die Beschäftigung mit Japan ist en vogue. Viele Reisende suchen das Geheimnis des japanischen Erfolges zu ergründen. Man spricht von der Notwendigkeit, computergesteuerte Roboter, mehr vorgefertigte Teile usw. auch in der deutschen Produktion zu benutzen. Das ist sicherlich richtig, aber bleibt zunächst noch vordergründig. Bemühungen, z. B. im VW-Werk, das japanische gemeinschaftliche Arbeits- und Diskussionsystem einzuführen, gehen schon weiter und tiefer.

Wir können und sollten nicht versuchen, das „japanische Sozialmodell“ insgesamt zu übernehmen. Das geht sicherlich nicht. Durch eine Analyse und Beschäftigung mit der japanischen Lebens- und Arbeitsform können wir jedoch die Schwächen und Stärken unserer Welt klarer erkennen, um dann in Teilbereichen notwendige Kurskorrekturen einzuleiten. Die folgenden Gegenüberstellungen sind im Weberschen Sinne idealtypisch zu verstehen und sollen zum Nachdenken anregen.

Das kausale Denken im Westen — das Kreis- oder Umzingelungsdenken im Fernen Osten

Das abendländische Denken geht in eine bestimmte Richtung; man kann es mit Jung als gerichtetes Denken bezeichnen. Es ist geradlinig und auf ein Ziel oder Resultat ausgerichtet. Man geht von einer Ursache aus, die eine Wirkung hat. Cogito ergo sum. In diesem Denken liegt ein Hochmut und gleichzeitig eine Armut; denn es erfaßt mit dem Intellekt nur eine Seite des Menschen.

Das fernöstliche Denken ist dagegen nicht geradlinig. Es ist eine Art Umzingelungs- oder Umklammerungsdenken. Der Ostasiate macht

viele kleine Vorstöße — gewissermaßen in Form von zunächst ungeordneten Pfeilen — auf eine bestimmte Mitte, auf das Denkziel hin. Diese Vorstöße bestehen aus einem Gemisch intellektueller, gefühlsmäßiger, empfindungsmäßiger und willensmäßiger Art. Sie sind ganzheitlich ausgerichtet. Wenn der Gegenstand von allen Pfeilen eng umklammert ist, wird er nicht nur vom Intellekt, sondern von der ganzen Psyche ergriffen.

Diese ganzheitliche Denkart hat den Vorteil, recht schnell ungefähr im Bilde zu sein. Sie hat jedoch den Nachteil der Ungenauigkeit. Der Ostasiate denkt nicht überwiegend mit dem Kopf, sondern mit der Leibesmitte, dem Nabel, der Psyche. Deshalb bekommt man häufig vage Auskünfte und es ist schwierig, ihre Entscheidungen vorauszuahnen. Man muß Geduld haben und die Sache reifen lassen. Man kann den Denkprozeß schwerlich beschleunigen.

Dieses Denken kann langsamer, aber auch schneller als das unsrige sein. Es ist jedoch tiefer, nicht so flach oder kurzatmig wie bei uns angelegt. So können uns die Ostasiaten im Kombinieren und im Überblick komplizierter Zusammenhänge überlegen sein. Dies hat sich gerade in der Vorbereitung und Durchführung ihrer langfristigen Exportstrategien gezeigt.

Aufschlußreich ist auch, daß die heutige Physik von ihren rationalen Ansätzen her mit dem modernen Unbestimmtheitsdenken just diese Ansätze in Frage stellen muß. Ursache ist Wirkung, Wirkung ist Ursache; das kann man mit dem alten Denken nicht mehr recht begreifen. Das rationale Denken ist zu einseitig.

Der durchrationalisierte, der gespaltene Mensch im Westen — der ganzheitliche Mensch in Ostasien

„Die Lebensformeln des Westens sind an der Grenze ihrer Fruchtbarkeit angelangt. Der Ra-

tionalismus steht am Ende seiner Weisheit und der Mensch ist einer inneren und äußeren Hilflosigkeit ausgeliefert, wenn er keine neuen Wege der Wesensfindung und der Sinngebung erschließt. Die verwandelnde und erlösende Kraft der Religion nimmt in dem Maße ab, als das Bildgefüge, in dem sie sich darstellt, und die Gottesvorstellung, die es trägt, der Verwurzelung im ursprünglichen Seinsbezug des Menschen verlustig gehen, weil sie rationalisiert weder der Kritik des Verstandes standhalten, noch die Sehnsucht nach letzter Geborgenheit stillen. So ist die Überheblichkeit des Ichs, dessen Bewußtseinsordnung und Lebensformeln die Verbindung mit dem Seinsgrund verstellen und verzerrten, auch der Grund für die Unfähigkeit wahrhaft zu glauben."

Soweit Graf Dürckheim in seinem Vorwort zum Buch „Hara — die Erdmitte des Menschen“.

Auch in China und Japan hat es im 16. und 17. Jahrhundert Rationalisten im Ansatz gegeben; man konnte also auch in diese Richtung denken. Die Schriften dieser Philosophen wurden jedoch verboten. Sie paßten nicht in die vorherrschende ganzheitliche Denk- oder besser Lebensausrichtung hinein. Eine ähnliche Entwicklung — wenn auch in der gegengesetzten Richtung — fand in Europa dadurch statt, daß ganzheitliche Denker Randfiguren blieben.

Der Rationalismus ist bei uns eine der wichtigsten Vorläufer für die Entwicklung der technischen Wissenschaften und damit der Industrialisierung mit dem beispiellosen materiellen Aufschwung gewesen. Soweit das Materielle; aber diese Entwicklung hat zu einem gespaltenen, verarmten Menschen geführt. Was heißt schon: Cogito ergo sum? Ist es nicht besser und umfassender: ich denke, ich fühle und empfinde; kurzum: ich bin ein ganzheitlicher Mensch?

Sehr lange, wenn nicht zu lange, haben wir unsere Geistesausrichtung als das Non plus ultra begriffen — was sie nicht ist. Wir haben ein wenig herablassend von den uralten Weisheiten des Fernen Ostens gesprochen, aber sie nicht weiter beachtet. Jetzt zeigt sich, daß diese differenzierten Lebensauffassungen nach wie vor lebendig sind und vielleicht dem

wurzellos gewordenen westlichen Menschen Hilfe geben könnten.

Das Ego im Westen — das Wir im Fernen Osten

Das Ego-Bewußtsein im Westen, unsere individualistisch aufgebaute Gesellschaft, geht auf drei große Wurzeln — Griechenland, Rom und das Westchristentum — zurück. Dieses Ego-Bewußtsein hat sicherlich viel bewirkt und bewirkt es noch. Doch es hat eben zu einer ungeheuren Vereinzelung und Vereinsamung des Menschen geführt. Die sogenannte „Selbstverwirklichung“ der Frauen und der Singles ist vielleicht eine der letzten Fehlentwicklungen in dieser Richtung.

In Japan dagegen ist die Gruppe alles. Das Individuum (das es in unserem Sinne gar nicht gibt) hat sich in die Gruppe einzuordnen — und dies auch klaglos zu tun.

Diese fundamentalen Unterschiede sind wesentlich religiös bzw. sozio-religiös bedingt. Die westlichen Länder sind idealtypisch als „verinnerlichte Sünden- oder Schuldkulturen“ zu verstehen. Damit ist die persönliche Beziehung und das persönliche Schuld- oder Sündengefühl gegenüber einem persönlichen Gott gemeint.

In Japan kann man demgegenüber von einer „sozialen Schamkultur“ (haji) sprechen; man muß sich sozialiter einfügen. Es gibt nicht wie im Westchristentum über Jahrhunderte herausgebildet und aufrechterhalten ein sexuelles Sündenbewußtsein. Als die ersten katholischen Missionare Anfang des 17. Jahrhunderts nach Japan kamen, konnten sie das Wort „Sünde“ oder „Sünder“ nicht richtig in japanischer Sprache wiedergeben. Es gab ja auch keine wie im Westen seit Paulus und Augustinus ausgerichtete entsprechende Welt. Die Patres übersetzten das Wort „Sünder“ mit „Zainin“ oder „Shoganin“, was einen Menschen meint, der gegen Sozialgesetze verstößt, also im Grunde etwas ganz anderes bedeutet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Psychoanalyse Freuds in Japan nicht auf Fuß fassen können. Diese setzt ein rationales, kausales Ich-Denken und ein Sündenbewußtsein voraus, was bei den Japanern nicht vorhanden ist. Dafür kennen sie durchaus soziale

Schuldgefühle, die aber andersartig sind und sich auch anders auswirken.

Das Zen geht darüber hinaus davon aus, daß im Kern allen Lebens kosmische Kräfte lebendig sind. Diese sind jedoch vom Willen des Individuums überlagert und behindert. In dem Maße, wie der Mensch sein Ich, das ihn von jener tiefen Substanz trennt, zu überwinden vermag, werden jene Kräfte in ihm frei. Er wird sehend, er ist erleuchtet. Nun handelt nicht mehr das Individuum aus seinem Willen heraus, sondern Es handelt. Dieses Es ist der Person, dem Individuum überlegen.

Der Absolutheitsanspruch im Westen — die Relativierung im Fernen Osten

Wegen des religiösen Absolutheitsanspruches sind im Westen eine Reihe von Kriegen geführt worden. Sehr viel Leid ist dadurch über die Menschen gekommen.

Auch in Japan gab es zunächst Reibereien zwischen den drei sozio-religiösen Ausrichtungen: dem Shintoismus als rein japanischer Lebensauffassung und dem von China eingeführten Buddhismus und Konfuzianismus. Im 5. Jahrhundert n. Chr. hat jedoch Prinz Shotoku, der Einiger Japans, diese drei Weltanschauungen mit einem Baum verglichen: die erste ist die Wurzel, die zweite der Stamm und die dritte sind die Äste oder die Blätter. Alle gehören ganzheitlich zusammen. Wie staatsmännisch und wie weise war damals dieser Vergleich! Deshalb kann heute der Japaner shintoistisch heiraten, im Leben verschiedenen Sekten angehören und schließlich buddhistisch begraben werden.

Wir haben hingegen zu dieser Entwicklung Jahrhunderte gebraucht und haben erst zu einer Art Relativierung gefunden, nachdem die religiösen Fundamente und Bindungen verblaßt waren, nicht mehr recht trugen und die Menschen den Unterschieden zwischen verschiedenen Kirchen oder Denominationen gegenüber ziemlich gleichgültig geworden sind.

Geborgen und gefangen in der Gruppe

Der Japaner ist in der Gruppe, die vertikal gegliedert ist, geborgen. Grundlage für dieses

Geborgensein ist das „Amae“, was etwa bedeutet „Anspruch auf geliebt werden“. Dies fängt als Kind bei der Mutter an, setzt sich als Erwachsener bei der eigenen Frau und in der Firma fort und korrespondiert mit der Verpflichtung, sich auch entsprechend zu verhalten und einzuordnen.

Japanische Kinder werden nicht zu Individuen erzogen; denn sie werden es als Erwachsene nicht wirklich sein müssen. Jede zwischenmenschliche Beziehung besteht aus einem Höher- und Tiefer-Verhältnis zueinander (Oyabun-Kobun).

Für dieses „Oben“ und „Unten“ kennt die japanische Sprache viele Nuancierungen. Die Firma fühlt sich für den einzelnen verantwortlich, das einzelne Mitglied für die Firma. Der Chef ist der „Vater“, der aber nicht einsam und diktatorisch herrscht. Die Japaner verbrauchen in langen Besprechungen anscheinend viel Zeit. Das ist aber gleichzeitig die sorgfältige Pflege einer Teamarbeit, einer Art nicht institutionalisierter Mitbestimmung. Die Entscheidungen reifen heran. Vorschläge werden in der Gruppe erörtert — wenn sie auch zunächst von einem Mitglied kommen können. Nachdem sich in der Firmengruppe eine Mehrheit herausgebildet hat, wird diese Meinung von „Oben“ übernommen und dann von allen loyal getragen. Der Konsens ist damit hergestellt.

Die Kehrseite dieses Eingebundenseins: Hart im Nehmen zu sein und ein Problem individuell selbständig meistern, lernen die jungen Japaner kaum. Man kann auch nicht individuell ausscheren. Es gibt ein japanisches Sprichwort, wonach man sein „haji“, d. h. seine „Gruppenscham“, auf einer Reise, insbesondere im Ausland, vergessen kann. Sonst muß man Tag für Tag dieses Eingebundensein hinnehmen. Vielleicht überwiegt aber die Geborgenheit in der Familie, in der Nachbarschaft und in der Firma die Nachteile, daß man sich nicht „selbstverwirklichen“ kann.

Wegen des Vertikalgefüges hat es der Japaner schwer, mit Ausländern umzugehen. Der Ausländer paßt schlecht in dieses Schema hinein. Wenn der Japaner den Ausländer gewissermaßen an die vertikale Spitze stellt und entsprechend behandelt, wird das oft als Unterwürfigkeit ausgelegt, was es überhaupt nicht

ist. Das andere Extrem gibt es auch; dann erscheint der Japaner als angeberisch oder arrogant. Die Schwierigkeit besteht darin, daß ein Gegenübertreten und Miteinanderleben auf horizontaler Ebene für den Japaner so schwer ist. Das hat er nicht gelernt. Es ist deshalb auch ein Klischee, von dem überaus höflichen Japaner und von unserer weniger höflichen Art zu sprechen. Die japanische Höflichkeit ist eine typisch vertikale Höflichkeit, unsere Höflichkeit ist horizontal basiert. Beide Verhaltensweisen passen nicht recht zueinander, und daraus ergeben sich viele Schwierigkeiten.

Japanischer Geist zusammen mit westlicher Technik

Nach der Öffnung Japans in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sind die Japaner mit dieser Devise, einer scheinbaren Unvereinbarkeit, in die Modernisierung ihres Landes eingetreten. Sie haben gezeigt, daß sie diese beiden gegensätzlichen Pole vereinbaren konnten und können. Heute ist der „American Way of Life“ verblaßt, das deutsche Sozialmodell hat an Glanz verloren, und der Marxismus in den Ostblockländern ist angeschlagen. Japan scheint dagegen eine Geheimformel zu kennen. Trotz zunehmender Technik, trotz Umweltverschmutzung, trotz Hetze haben sich die Japaner ihre Lebensart, ihre Lebenswelt weitgehend bewahren können. Ihr ganzheitliches, hierarchisches Denken ist differenziert und flexibel.

Es gibt auch in Japan nicht einen solchen Gegensatz wie bei uns zwischen dem mehr als Job — nicht mehr als Aufgabe und Verpflichtung — aufgefaßten Arbeitsverhältnis und der Freizeit. Beides geht in Japan ineinander über. Man fühlt sich seiner „Firmen“-Familie gegenüber verantwortlich. Wenn gestreikt wird, wird häufig nach Erfüllung des Arbeitspensums gestreikt. Es gehört zum guten Ton, nicht den ganzen Urlaub zu nehmen. Man kann vielleicht sagen: Der ganzheitliche Konfuzius scheint den nur aus der Ratio herkommenden Marxismus mit seinem Klassenkampf-Gedanken besiegt oder (von Studenten und linksgerichteten Intellektuellen abgesehen) gar nicht nach Japan hereingelassen zu haben.

Das „Entweder-Oder“ im Westen — das „Sowohl-als-Auch“ im Fernen Osten

Im Westen ist uns das „Entweder-oder-Denken“ anerzogen worden, während im Fernen Osten das „Sowohl-als-Auch“ gedacht und gelebt wird. Während wir gewissermaßen von These zu Antithese und selten zu einer Synthese kamen, sind die Japaner Meister darin, Gegensätze zu verbinden oder sich zumindest davon nicht stören zu lassen. Es wird sozusagen in verschiedenen, voneinander getrennten Schubladen abgelegt — und trotzdem gehört es zusammen. Auf diese Weise sind eine Reihe von scheinbar widersprüchlichen chinesischen, europäischen und amerikanischen Einflüssen letztlich einjapanisiert worden. Das Streben nach Harmonie ist dem Japaner eigen.

Was können wir von Japan lernen?

Beim Lernen- bzw. Übernehmenwollen kommt es darauf an, anhand des Gegenübers im Fernen Osten sich auf verschüttete ganzheitliche und gemeinschaftsbezogene Elemente unseres Denkens und Tuns zu besinnen.

Um solche Ansatzpunkte zu erkennen, wurde in einer Reihe holzschnittartiger Gegenüberstellungen die Andersartigkeit des Westens und des Fernen Ostens darzustellen versucht. Um jeweils die Unterschiede begreifen und ausloten zu können, muß man bei der Benutzung gleicher Worte und Bezeichnungen immer den andersartigen Hintergrund mitdenken, mitfühlen und mitempfinden — sonst redet man leicht aneinander vorbei und begreift nichts.

Sicherlich ist es weder möglich noch wünschenswert, daß wir unserer bisherigen Denk- und Lebensausrichtung völlig den Rücken kehren. Erstrebenswert ist es aber, diese in ihre Schranken zu verweisen und über sie hinauszugehen.

Unsere pluralistische Gesellschaft ist nämlich in der Gefahr, zu einer ziellosen und egoistisch aufgespaltenen Gesellschaft zu werden. Den hochgeschraubten Ansprüchen steht zumeist nicht mehr eine diese erst tragende Leistungsbereitschaft gegenüber. Um diese Ungleichgewichte bei uns wieder zu beseitigen, könnten wir aus der gelebten Gemeinschaft der Japaner viel lernen.

Ingeborg Y. Wendt: Indochina und das westliche Erbe

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/81, S. 3—20

Um die politische Lage in Kambodscha verstehen zu können, müssen zuvor gewisse soziokulturelle Vorurteile ausgeräumt werden. Zwar ist der absolute Überlegenheitsanspruch Europas gegenüber der Dritten Welt überwunden, aber Elemente dieser Haltung bestimmen, vielleicht oft unbewußt, noch die westliche Politik, so z. B. die Vorstellung von der Undurchsichtigkeit und der Massenhaftigkeit der Asiaten, die Vorstellung von einem „orientalischen Despotismus“, von dem die Völker Asiens durch das europäische Administrationssystem befreit worden wären, und damit im Zusammenhang die Überzeugung von der grundsätzlichen Fortschrittlichkeit des westlichen Systems gegenüber älteren, nicht-westlichen Ordnungen. Noch herrscht demgemäß die eurozentristische Betrachtungsweise vor, und es besteht die Gefahr, die Vorgänge in asiatischen Regionen ethnologisch statt politisch zu beurteilen. Das geschieht z. B., wenn man von „traditionellen ethnischen Feindschaften“ in Indochina spricht, statt die politischen Gruppierungen zu analysieren, wie man es innerhalb Europas tun würde und dabei vergißt, daß einerseits die verschiedenen ethnischen Gruppen Indochinas gemeinsam das Ziel der Unabhängigkeit von westlicher Kolonialherrschaft angestrebt haben und daß Indochina vor der Kolonialepoche nicht in Nationalstaaten gespalten war, daß andererseits auch politische Gruppen *innerhalb* einer ethnischen Gemeinschaft gegeneinander gekämpft haben wie während des Bürgerkrieges in Kambodscha 1970—1975.

Die Bevölkerungen der drei Länder Indochinas sind erst durch die westliche Kolonialpolitik gespalten worden, der dann die europäisierten „Eliten“ jener Länder in die Hand gespielt haben. Die Roten Khmer, ursprünglich Feinde des „amerikanischen Imperialismus“, mußten sich schließlich in ihrem Kampf gegen Vietnam von den Amerikanern unterstützen lassen — bis zum Sturz des Khmer-Regimes im Januar 1979. Dagegen setzt der gemäßigte und integer gebliebene Heng Sam Rin für Kambodscha den Kampf der Völker Indochinas um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit fort.

Jürgen Dauth: Singapur — ein Modell für die Dritte Welt?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/81, S. 21—33

Seit seiner Entlassung in die Unabhängigkeit errichtet Singapur auf der Grundlage ausländischer Investitionen sein Wirtschaftsimperium und ist heute zum modernsten Industriestaat Asiens geworden. Die seit 1959 ununterbrochen regierende Peoples Action Party von Lee Kuan Yew diszipliniert den Vielrassenstaat mit straffen, autoritären Zügen. Gewissermaßen aus der Retorte wird die nationale Identität geschaffen, die die ethnischen Barrieren niederreißen soll. Dieser Beitrag will in erster Linie eine Antwort auf die Frage geben, ob die wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte Singapurs als Modell auf andere asiatische Entwicklungsländer übertragen werden kann. Der Stadtstaat, der auf der philosophischen Grundlage des Konfuzianismus regiert wird, unterscheidet sich von vergleichbaren Nationen (Korea, Taiwan und auch den Nationen des malaiischen Archipels) durch die konsequente, volksbezogene Politik, die zwar das Gemeinwesen über die Rechte des Individuums stellt, den einzelnen jedoch am Allgemeinwohl teilhaben läßt. Die autoritäre Regierung Lee Kuan Yews dient nicht dem Machtstreben der Führungsklasse als Selbstzweck. Revolutionäre Ideen konnten somit auf diesem Terrain bisher nicht Fuß fassen. Die zweite Führungsgeneration, die jetzt in die vorderen Reihen tritt, kann auf ein solchermaßen gefestigtes Verständnis von den Pflichten des Staates gegenüber den Bürgern und den Pflichten gegenüber dem Staat in zunehmendem Maß ein liberales, demokratisches Staatsgebilde nach westlichem Muster errichten. Singapurs Erfolgsgeschichte kann zwar nicht als Schablone auf andere Nationen der Region angewendet werden; seine politische, wirtschaftliche und philosophische Strategie ist jedoch von modellhaftem Vorbild für diese Nationen, deren wirtschaftlicher Erfolg weitgehend von der bisherigen Konzeptionslosigkeit im Zusammenspiel von politischer Führung und Volksmassen gehemmt wird.

Siegfried Böttcher: Die Japaner denken und handeln anders

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/81, S. 35—38

Angesichts der „japanischen Herausforderung“ ist eine Beschäftigung mit diesem Phänomen geboten. Ziel dieses Aufsatzes ist es, den andersartigen, entgegengesetzten geistigen und sozialen Hintergrund, der zu dieser erstaunlichen Entwicklung geführt hat, zu beleuchten. Dies geschieht durch eine Folge von idealtypischen Gegenüberstellungen:

- Das kausale Denken im Westen — das Kreis- oder Umzingelungdenken im Fernen Osten;
- der durchrationalisierte, der gespaltene Mensch im Westen — der ganzheitliche Mensch im Osten;
- das Ego im Westen — das Wir im Fernen Osten;
- der Absolutheitsanspruch im Westen — die Relativierung im Fernen Osten;
- das „Entweder-Oder“ im Westen — das „Sowohl-als-Auch“ im Fernen Osten;
- geborgen und gefangen in der Gruppe;
- japanischer Geist zusammen mit westlicher Technik.

Nach der Öffnung Japans in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben die Japaner mit der Modernisierung ihres Landes begonnen. Sie haben dabei gezeigt, daß sie die beiden gegensätzlichen Pole — japanischer Geist und westliche Technik — vereinbaren konnten und können. Heute ist der „American Way of Life“ verblaßt, das deutsche Sozialmodell hat an Glanz verloren, und der Marxismus in den Ostblockländern ist angeschlagen. Japan scheint dagegen eine Geheimformel zu kennen. Trotz zunehmender Technisierung, trotz Umweltverschmutzung, trotz Hektik haben sich die Japaner ihre Lebensart, ihre Lebenswelt weitgehend bewahren können: Ihr ganzheitliches, hierarchisches Denken ist differenziert und flexibel.